

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 48

November 2002



Foto: Benedikt Goebel

Burgstraße 28

STAATSPOLIZEILEITSTELLE BERLIN 1941 - 1943

„Judenreferat“,

das die Deportation von über 50.000 Menschen organisierte

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Chausseestraße 8, 10115 Berlin
Telefon und FAX 030/2815198

ab 15.12.02: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.: 030/263989039

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-------|
| Christine Fischer-Defoy: Eine Einladung an die Kulturstatsministerin | S. 4 |
| Sylke Heun/Peter Schubart: Fertigstellung an Sankt Nimmerlein | S. 5 |
| Gerhard Schoenberner: Kein politischer Bonus – Kein Geld | S. 6 |
| Benedikt Goebel: Geschichte und Bedeutung des NS-Gedenkortes Burgstraße 28 | S. 8 |
| Christine Fischer-Defoy: Zum 55. Jahrestag der Rückkehr der Shanghai-Flüchtlinge | S. 10 |
| Martin Beutler: Zum 55. Jahrestag der Rückkehr der Shanghai-Flüchtlinge | S. 11 |
| Silvia Giese: Späte Ehrung für Frau Kudret und ein Wiedersehen mit Ankara | S. 13 |
| Claudia Schoppmann: Eine Gedenktafel für Stephanie Hüllenhagen | S. 18 |
| Sabrina Lindemann: <i>Der Löffel meines Vaters</i> – ein künstlerisches Projekt | S. 19 |
| Birgit Kammerlohr: Gedenkzeichen: Halle G | S. 24 |
| Stefanie Endlich: Kunstprojekt Halle G oder: Gedenkstätte im Einkaufszentrum | S. 26 |
| Martin Schönfeld: Gedenktendenzen der 1990er Jahre in Berlin | S. 28 |
| Waltraud Rehfeld: Gedenktafeln in Berlin – Rezension | S. 32 |
| Jan Holger Kirsch: Gestaltetes Gedenken – Rezension | S. 33 |
| Gerhard Schoenberner: Zum 27. Januar – Die vergessenen Söhne | S. 37 |
| Zur Erinnerung an Rosemarie Reichwein | S. 39 |
| Ausstellung Jüdisches Leben in Pankow | S. 42 |
| Besuch aus Italien | S. 42 |
| Zur Erinnerung an Hanni Ullmann | S. 43 |
| Einladung zur Vortragsveranstaltung Gestaltetes Gedenken am 20. Februar 2003 | S. 44 |

Redaktion: Martin Schönfeld

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

allen jüdischen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir von Herzen ein gutes Jahr 5763.

Mit dem Mitgliederrundbrief 48 richten wir unsere Aufmerksamkeit auf drei Orte, die mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden sind. An diesen Orten, ob im Stadtzentrum oder am Stadtrand, wird um eine langfristige Kennzeichnung der historischen Bedeutung gerungen. Die Schaffung eines Dokumentationszentrums auf dem Gestapo-Gelände in der Niederkirchnerstraße ist leider immer wieder ein Thema. Die Eröffnung des geplanten Bauwerks der Stiftung *Topographie des Terrors* ist mittlerweile in das Jahr 2007 verschoben. Ob aber in Anbetracht der klammen Berliner Stadtkassen in den kommenden Jahren wirklich mit einem Baufortschritt zu rechnen ist, bleibt fraglich. Umso wichtiger wäre es nun, nach provisorischen Lösungen für eine witterungsunabhängige Präsentation der Ausstellungen zur *Topographie des Terrors* zu suchen, die sich beispielsweise im Martin-Gropius-Bau anbieten könnten. Der Verein Aktives Museum wandte sich deshalb an die neuberufene Kulturstaatsministerin Christina Weiss. Zu seinem 20. Gründungsjubiläum wird der Verein Aktives Museum im Juni 2003 die Diskussion um das Gestapo-Gelände und um den Umgang mit diesem zentralen Berliner Gedenkort fortsetzen.

Bereits in einigen Wochen wird Gedenktafel am Ort des Judenreferats der Gestapo-Eleitstelle Berlins angebracht werden. Benjamin Goebel berichtet über die Geschichte dieses Hauses in der Burgstraße 28-30 (Nähe Hackescher Markt).

Die Vergangenheit der Tegeler Borsigwerke und der dort stattgefundenen Zwangsarbeit thematisierten holländische und Berliner Künstlerinnen und Künstler seit 2001. Ihre Frage "Gedenkstätte im Einkaufszentrum?" steht seitdem in Diskussion.

Weit außerhalb von Berlin, nämlich in Ankara, ist die Ehrung einer ungewöhnlichen Frau bereits gelungen. Silvia Giese berichtet, dass in der Deutschen Schule Ankara nun eine Gedenktafel für Leyla Kudret Erkönen angebracht wurde, eine gebürtige Deutsche, die seit Beginn der 1930er Jahre viele Kinder deutschsprachiger Flüchtlinge im türkischen Exil unterrichtete. Der Verein Aktives Museum freut sich, dass er mit seiner Ausstellung *Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945* und dem Katalogbuch nicht unwesentlich zu einer öffentlichen Erinnerung beigetragen hat. Die Ausstellung *Haymatloz* befindet sich derweil immer noch auf Wanderschaft durch die Bundesrepublik Deutschland: nächste Station ist im Januar 2003 Regensburg. Ein Dauerbrenner und ein für uns sehr erfreulicher Erfolg.

Ebenso erfreulich ist:

Wir ziehen um!

Der Verein Aktives Museum wird ab dem 1. Januar 2003 neue Büroräume in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand beziehen. Deshalb teilen wir allen unseren Freunden und Mitgliedern hier schon einmal unsere neue Adresse mit:

Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin
Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel.: 030 / 263989039

Schließlich bitten wir alle Mitglieder um die Zahlung des Mitgliedsbeitrages 2003 erst ab Januar 2003. Die **Mitgliedsbeiträge** sind für Einzelmitglieder € 55,-, Einzelmitglieder ermäßigt € 27,50, für Vereine und Organisationen € 165,-, ermäßigt für Vereine und Organisationen € 82,50.

Natürlich nehmen wir auch gerne Spenden entgegen. Wie üblich sind alle Mitgliedsbeiträge und Spenden voll steuerlich absetzbar.

Eine Einladung an die Kulturstaatsministerin

An die Staatsministerin
für Kultur und Medien
Frau Dr. Christina Weiß
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

betr. Topographie des Terrors

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,
liebe Frau Dr. Christina Weiß,

herzliche Glückwünsche zur Übernahme Ihres verantwortungsvollen Amtes. Erlauben Sie mir, Ihnen aus der Fülle von Aufgaben, die Sie sicher auf Ihrem neuen Schreibtisch in Berlin vorfinden werden, eine ganz besonders ans Herz legen: Den Neubau der Stiftung Topographie des Terrors.

Der Verein Aktives Museum hat dieses Projekt von den Anfängen 1983 an mit initiiert und durch öffentliche Aktionen begleitet. Heute sitzen wir als Vertreter der Bürgerinitiativen mit in den Stiftungsgremien, ich selbst bin als Delegierte des Arbeitsausschusses Mitglied des Stiftungsrates.

Sicher haben Sie auch von Hamburg aus in der überregionalen Presse die Auseinandersetzungen um diesen Neubau verfolgt. Ich möchte Ihnen daher ersparen, die leidvolle Geschichte vom ersten Wettbewerb für die Umgestaltung des Gestapo-Geländes in einen Denkort (1983, das Ergebnis wurde nicht ausgeführt) über die provisorische Herrichtung des Geländes anlässlich des 750. Stadtjubiläums Berlins (provisorischer Pavillon der Topographie des Terrors, inzwischen demontiert) bis zur Entscheidung des zweiten Wettbewerbes für den Entwurf des Schweizer Architekten Peter Zumthor hier noch einmal im Detail nachzuvollziehen.

Lassen Sie mich vielmehr auf den aktuellen Stand und die künftigen Probleme näher eingehen.

Vor sieben Jahren, 1995, wurde mit den Arbeiten am Neubau begonnen. Die Fundamentarbeiten und die Treppentürme sind inzwischen fertiggestellt. Faktisch befinden wir uns jedoch zur Zeit im vierten Jahr des Baustops. Dies hatte verschiedene Gründe, die sowohl in den Debatten mit dem Architekten wie in der Komplexität und Kompliziertheit der Bauausführung und in der finanziellen Misere der Öffentlichen Hand zu finden sind. Auseinandersetzungen um die Form - den Entwurf Peter Zumthors - haben dabei häufig die Frage nach dem Inhalt - den Ort der nationalsozialistischen Täter und die Strukturen und Mechanismen der von dort aus gesteuerten Verbrechen - überlagert oder für weitere Verzögerungen den Vorwand geliefert.

Innerhalb der Vielfalt bestehender und zu errichtender Gedenkstätten zum Thema Nationalsozialismus scheint die Beschäftigung mit der deutschen Verantwortung gegenüber der Trauer für die Opfer mehr und mehr in den Hintergrund geraten zu sollen. Verteuerungen in der Bauausführung haben daher immer wieder zum Baustop geführt, während dies bei "repräsentableren" Bauvorhaben nicht der Fall ist.

Die Insolvenz der ausführenden Baufirma "Engel & Leonhardt" war die absehbare Folge dieser Kette von Baustops. Zur Zeit findet eine erneute - europaweite - Ausschreibung für die Bauausführung statt, deren Ergebnis allerdings erst Anfang 2003 vorliegen soll. Ob dann noch 2003 mit der Errichtung des das Gebäude tragenden Stabwerks begonnen werden kann, ist eine Frage des politischen Willens und des finanziellen Engagements des Bundes.

Wie Sie sicher wissen, ist der Bund mit 50 Prozent an den Kosten der "Stiftung Topographie des Terrors" beteiligt. Dies gilt sowohl für die laufenden Kosten wie für die Errichtung des Neubaus. Wie wir erfahren mußten, hat der Bund die für den Neubau notwendigen Mittel nicht in den Haushalt 2003 eingestellt, da das Projekt "noch nicht entscheidungsreif" sei. Um so mehr freuen wir uns darüber, daß im nun unterzeichneten Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung die Festlegung enthalten ist, daß der Bund sich an den Baukosten mit 50 Prozentbeteiligen wird.

Erst in der Summe der zentralen Gedenkorte in der Mitte Berlins, im Zusammenwirken von Holocaust-Mahnmal und dem Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, sowie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße und der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz ergibt sich ein vollständiges Bild der Ereignisse zwischen 1933 und 1945 sowie ihrer Vorbedingungen und Auswirkungen bis heute. Dies war bisher Konsens unter allen politisch Handelnden auf Landes- und Bundesebene.

Wir möchten Ihr Engagement für dieses Projekt gewinnen. Falls dies Ihr Terminkalender erlaubt, laden wir Sie zusammen mit weiteren Vertretern der Stiftung zu einem Rundgang über das Gestapo-Gelände ein, um Ihnen die aktuelle Lage zu erläutern. Die Stiftung Topographie des Terrors braucht eine starke Stimme auf Bundesebene.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christine Fischer-Defoy
(Vorsitzende)

Fertigstellung an Sankt Nimmerlein

Holocaust-Mahnmal und Topographie des Terrors – Auf den Baustellen tut sich nichts

von Sylke Heun und Peter Schubert

Berlin scheint überfordert mit Prestige-Bauvorhaben. Das Tempodrom ist ein Groschengrab, das Stadtschloss eine Fata-Morgana. Besonders peinlich: die ewigen Verzögerungen bei den Gedenkstätten Topographie des Terrors und Holocaust-Mahnmal.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hatte extra schweres Gerät auffahren lassen, um seinen Tatendrang unter Beweis zu stellen. «Es ist soweit», rief der SPD-Grande lauthals vom gelben Bagger und startete damit - genau heute vor einem Jahr - die Bauarbeiten für das Holocaust-Mahnmal. Seither ist nichts Wesentliches passiert auf der Brache in den Ministergärten. Vor 2005 ist mit der Eröffnung der Gedenkstätte nicht mehr zu rechnen.

«Wie Sie sehen, sehen Sie nichts», spotten bereits die Stadtführer, wenn sie von Berlin-Besuchern auf die Fertigstellung des 19 000 Quadratmeter großen Stelenfelds angesprochen werden. Gleiches gilt für das Gelände der Topographie des Terrors an der Niederkirchnerstraße, wo die Gestapo einst ihr Hauptquartier hatte. Von dem geplanten 39-Millionen-Euro-Bau des Schweizer Architekten Peter Zumthor ist - abgesehen von einem fertigen Fundament und drei Treppentürmen - ebenfalls noch nicht viel zu sehen.

Pleiten, Pech und Pannen verfolgen beide Projekte. Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Topographie des Terrors, kann sich noch gut an die Grundsteinlegung vor sieben

Jahren erinnern und gibt offen zu: «Mich erzürnt das Ganze.» Als Hauptgrund für die Bauverzögerung nennt er die mangelnde Kommunikation zwischen Architekt Zumthor und den ausführenden Bauingenieuren.

Wann also geht es endlich weiter? Wer weiß das schon so genau. In der Stiftung für das Holocaust-Denkmal scheint man bereits den Überblick verloren zu haben. Geschäftsführerin Sibylle Quack jedenfalls teilte gestern mit, dass überhaupt erst im Frühjahr 2003 mit dem Bau begonnen werden soll. Thierses Einsatz wird von ihr damit protokollarisch als Bauvorbereitung (Munitionssuche) zurückgestuft. Quack: «Wir hoffen, dass das Mahnmal mit den 2700 Betonstelen und der Rohbau des Ortes der Information bis Ende 2004 fertig gestellt werden.»

Das hoffen auch die Mitglieder ihres Kuratoriums inständig und machen aus ihrer wachsenden Ungeduld mittlerweile keinen Hehl mehr. «Ich hätte mir schon etwas mehr Tempo gewünscht», sagt Lea Rosh, die 1988 den Bau des Denkmals initiiert hatte. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Otto hält die ewigen Verspätungen sogar für «eine nationale Tragödie». Auch die Informationspolitik sei «völlig lausig», schimpft Otto, nachdem er sich die Internet-Seiten der Stiftung angesehen hat. «Im Sommer 2002 wird mit dem Bau begonnen», heißt es da zum Stand der Dinge.

Abgesehen von den offenkundigen Management-Problemen in der Geschäftsstelle kriegt aber auch Bausenator Peter Strieder (SPD) sein Fett weg: Dessen Bauverwaltung trage Lea Rosh zufolge maßgeblich «Schuld an den monatelangen Verzögerungen». Die für Bauwettbewerbe zuständige Vergabekammer des Landes Berlin hatte dem Einspruch eines Unternehmers stattgegeben, der sich benachteiligt sah. Laut Stiftung müsse die europaweite Ausschreibung deshalb nun im November wiederholt werden. Erst Ende des Jahres würden die Angebote gesichtet und danach die Baugrube ausgehoben.

«Mich beschleicht das Gefühl, dass alles, was dieser unglückselige Strieder anfasst, im Chaos versinkt», schimpft Otto und schließt die Topographie des Terrors ein. Er plädiert dafür, «dem Senat die Bauausführung zu entziehen und dem Bund zu überantworten».

Aus dem Hause Strieder dazu keinerlei Kommentar. Zumindest für die Topographie soll in den nächsten Tagen der Bauauftrag neu ausgeschrieben werden. «Zwischen Februar und April sollen wir Ergebnisse haben», hofft Nachama. Baubeginn sei frühestens im Herbst 2003. Mit der Eröffnung wäre also 2007 zu rechnen - noch zwei Jahre später als beim Holocaust-Mahnmal.

Berliner Morgenpost 30.10.2002

Kein politischer Bonus – Kein Geld

Die Berliner Gedenkstätte "Topographie des Terrors" kann statt des geplanten Neubaus lediglich mit eine Chronologie der Ignoranz und Inkompetenz aufwarten

Am 8. Mai war es sieben Jahre her, dass in der Hauptstadt mit feierlichen Ansprachen der Prominenz von Töpfer bis Bubis die Grundsteinlegung für den Neubau der "Topographie des Terrors" auf dem Gelände des einstigen Hauptquartiers der Gestapo begangen wurde. Die einen, die seit zwölf Jahren um das Terrain gekämpft, und die anderen, die hier acht Jahre in einem Provisorium gearbeitet hatten, sahen sich am Ziel ihrer Wünsche. Seit jenem Tag im Mai 1995 hat sich - von einigen kurzen Anläufen abgesehen - nicht viel bewegt. Eine Bauruine mit zwei Solitären und ein riesiger Kran bilden ein trauriges Denkmal der Inkompetenz und Indolenz von Verwaltung und Politik.

Die neuesten Schreckensmeldungen: ein Insolvenz-Antrag der Berliner Baufirma und die Streichung der anteiligen Mittel aus dem Bundeshaushalt 2003, kommentiert mit der Androhung einer architektonischen Alternativlösung durch einen in der Sache ahnungslosen Fraktionschef der Berliner SPD.

Die Senatsbauverwaltung ist am gegenwärtigen Debakel nicht unschuldig. Sie war nur darauf aus, einen weiteren Architekten mit bekanntem Namen nach Berlin zu ziehen. Die künftigen Nut-

Nutzer und ihre Bedürfnisse waren ihr vollkommen gleichgültig. Das zeigte sich schon in der Favorisierung des Entwurfs von Peter Zumthor, den die Senatsbehörde gegen alle Bedenken in der Jury und mit nach unten frisierten Zahlen auch im Abgeordnetenhaus durchsetzte. In ihrem Enthusiasmus versäumte sie es, die technische Ausführbarkeit des Baus rechtzeitig gutachtlich prüfen zu lassen und holte das erst ein Jahr nach Baubeginn nach, als es zu spät war. Tatsächlich kann das Projekt, das in jedem Detail den gesetzlichen Normen widerspricht, nur mit einer Serie von Sondergenehmigungen überhaupt realisiert werden. Sicherlich wäre ein an den vorgesehenen Funktionen orientierter Zweckbau besser und billiger gewesen. Wer jetzt diesen Vorschlag macht, kommt zehn Jahre zu spät.

In Wahrheit haben sich Stadt und Bund, die sich die Kosten teilen wollten, noch nie ernsthaft für die "Topographie" und ihre Arbeit interessiert. In der kurzfristigen Euphorie des neuen Berliner Größenwahns, der mit einer Pleite ohne Beispiel sein jähes Ende fand, beschloss man zwar, die ursprüngliche Trias der Gedenkorte (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der Wannseekonferenz und Topographie) durch eine imposante neue Dreieckigkeit im Stadtzentrum abzulösen, die man bezeichnenderweise vor allem als Ensemble architektonischer Highlights begriff. Geholfen hat der "Topographie" dieses Upgrading wenig, denn neben Prestigeobjekten von den Dimensionen des Jüdischen Museums und des projektierten Holocaust-Gedenkfeldes blieb sie auch weiterhin das ungeliebte Kind.

Wenn Julian Nida-Rümelin (SPD) jetzt erklären lässt, die Sache sei nicht etatreif, muss man doch fragen: Wieso konnte Berlin seinen Anteil in den Haushaltsplan für 2003 einstellen und der Bund nicht? Wieso ist das Vorhaben auch in den Entwürfen für die kommenden Jahre nicht einmal vorgemerkt? Wieso gibt es bis heute keinerlei bindende Zusicherung durch den Staatsminister für Kultur, an die auch eine künftige Bundesregierung sich halten müsste?

Kann es sein, dass man die Schlüsselfunktion, die der "Topographie" unter den Gedenkstätten zukommt, wirklich bis heute noch nicht begriffen hat? Ist es nur Ausdruck politischer Ignoranz, wenn hinter vorgehaltener Hand verbreitet wird, das neu erfundene Museum unter dem Holocaust-Mahnmal mache die "Topographie" doch im Grunde überflüssig? Immerhin saß an der einstigen Prinz-Albrecht-Straße das Gehirn des Verbrechens, die Kommandozentrale des NS-Terrorapparates, der ja, was heute gern vergessen wird, sich nicht nur gegen die Juden richtete und gegen sie erst richten konnte, nachdem jede demokratische Opposition liquidiert war. Nicht nur muss von allen Opfern die Rede sein, sondern ebenso den Tätern, dem System, dem sie dienten, und der Gesellschaft, aus der sie kamen. Ohne diesen Kontext bleibt auch der Völkermord an den Juden Europas, der heute isoliert betrachtet wird, unverständlich, was vielen freilich recht sein mag.

Das Projekt der "Topographie" wurde durch die staatliche Administration von Anbeginn dilatorisch und dilettantisch behandelt, seine Leitung in die Rolle des lästigen Bittstellers gedrängt. Die Politik hat sich diese Sache nie zu eigen gemacht. Das zeigt ein Vergleich mit den beiden Großprojekten Jüdisches Museum und Holocaust-Denkmal, deren Bonus der "Topographie" fehlt. Der Eifer und das Tempo, mit dem sie betrieben wurden, aber auch die fraglose Bereitschaft, praktisch unbegrenzte Finanzmittel für die mit den immer größeren Planungen ständig wachsenden Kosten zur Verfügung zu stellen, stehen in krassem Gegensatz zur Behandlung der "Topographie", obwohl sie als einzige der drei Einrichtungen international anerkannte Leistungen vorzuweisen hat. Nur hier wird immer wieder über die Höhe der nötigen Mittel gestritten und werden Limits gesetzt, die infolge der erneuten Terminverschiebung, wie man befürchten muss, nicht einzuhalten sein werden.

Es wäre an der Zeit, dass der Bund seine Verpflichtung gegenüber der NS-Zeit nicht nur selektiv annimmt, sich endlich zu einer Gleichbehandlung der "Topographie" mit den beiden anderen Objekten versteht und eine Vollfinanzierung ohne Wenn und Aber übernimmt, wie es der Bedeutung dieser Einrichtung entspricht, um die unendliche, allmählich peinliche Geschichte doch noch zu einem guten Ende zu führen.

Gerhard Schoenberner

früherer Vorsitzender und Ehrenmitglied des Vereins Aktives Museum, 1992 Gründungsdirektor der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz. Dieser Artikel erschien am 2.8.2002 in der Wochenzeitung Freitag.

Geschichte und Bedeutung des NS-Gedenkortes Burgstraße 28 in Berlin-Mitte

Die Burgstraße 28 ist im öffentlichen Bewusstsein bislang als Ort des Naziterrors noch weitgehend unbekannt. Zur Erinnerung an diesen Ort, von dem aus die Deportation der Berliner Juden organisiert wurde, wird im Jahr 2003 eine Gedenktafel enthüllt. Der folgende kurze chronologische Überblick über die historische Bedeutung des Gedenkortes Burgstraße 28 fußt auf den Recherchen für diese Gedenktafel.

Die Burgstraße liegt im ältesten Teil der Stadt, im mittelalterlichen Berliner Stadtkern. Sie wurde Ende des 17. Jahrhunderts als Uferstraße an der Spree angelegt. Der Name „Burgstraße“ ist seit dem 18. Jahrhundert gebräuchlich und bezog sich auf die jenseits der Spree liegende kurfürstliche Burg, das spätere Königliche Schloss.

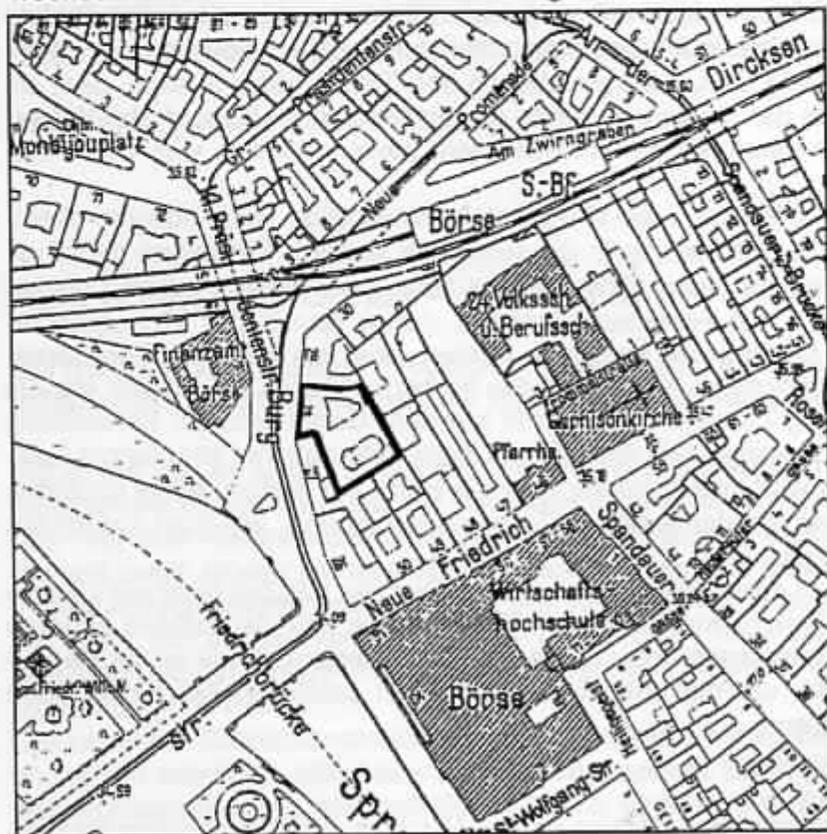
Der Berliner Stadtkern war, was bislang ebenfalls nur einigen wenigen Fachleuten bekannt ist, das erste Zentrum der Berliner Finanzwirtschaft. Hier residierte neben zahlreichen Privatbankiers von ca. 1848 bis 1861 auch die Bank des Berliner Cassen-Vereins, eine herausragende Institution der Berliner Finanzwirtschaft. Die Entwicklung des Stadtkerns zum Finanzstandort fand mit der 1863 eröffneten Berliner Börse in der Burgstraße 25 ihren krönenden Abschluss. Von 1872 bis 1876 saß in der Burgstraße 29 die Zentrale der Deutschen Bank (anschließend wechselte sie zur Behrenstraße 9/11, der Keimzelle der späteren Konzernzentrale). In der Burgstraße verblieb die um 1874 in der Burgstraße 29 gegründete erste deutsche Depositenkasse, der Prototyp aller heutigen Bankfilialen.

Um 1888 wurde die Burgstraße 28-30 mit dem Büro- und Geschäftshaus „Börse“ bebaut. In den 1930er Jahren plante Albert Speer auf diesen und den umliegenden Grundstücken die Errichtung eines *Asiatischen Museums*. Da die Altbauten zu diesem Zweck enteignet und entmietet wurden, der Abriss sich aber immer wieder verzögerte, konnten in ihnen ab 1938 zahlreiche staatliche Dienststellen untergebracht werden.

Eine dieser Dienststellen war das „Judenreferat der Staatspolizeileitstelle Berlin“ Dieses ca. 30 Mitarbeiter zählende Referat, eine untergeordnete Behörde der Berliner Gestapo (nicht zu verwechseln mit dem von Adolf Eichmann geleiteten, mit reichsweiter Zuständigkeit ausgestatteten

Judenreferat der Geheimen Staatspolizei in der Kurfürstenstraße 115/116), saß von 1941 bis 1943 in der Burgstraße 28. Das „Judenreferat der Staatspolizeileitstelle Berlin“ wurde von 1941 bis Oktober 1942 von Gerhard Stübbs und seinem Stellvertreter Franz-Wilhelm Prüfer geleitet. Beide wurden im Oktober 1942 wegen Bereicherung im Amt entlassen. Im Dezember 1942 übernahm Walter Stock die Leitung des Referats.

Das Judenreferat der Staatspolizeileitstelle hatte die Deportation der Berliner Juden und die schrittweise Auflösung der jüdischen Gemeinde zu organisieren und zu überwachen. Es war deshalb bewusst auf halber Strecke zwischen der Oranienburger Straße (Sitz der Jüdischen Gemeinde, ab dem 4. Juli 1939 Sitz der „Reichsver-



Ausschnitt aus der Karte von Berlin um 1940, Maßstab 1:4.000, das Haus Burgstraße 28 ist umrandet

einigung der Juden in Deutschland*) und der Großen Hamburger Straße (Jüdisches Gymnasium und Altersheim, sowie Sammelstelle für Deportationen) im Westen sowie der Rosenstraße (Alte Synagoge und Sozialverwaltung der Jüdischen Gemeinde) und dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz im Osten angesiedelt. Das *Judenreferat* verwaltete zwischen Oktober 1941 und Frühjahr 1945 die Deportation von über 50.000 Berliner Juden.



Die nördliche Burgstraße am 15.8.1999: Der Neubau des Bundesverbandes deutscher Banken (rechte Bildhälfte), dem sich der Altbau Burgstraße 27 (rechter Bildrand) anschließt. Foto: Goebel

Aber die Burgstraße 28 war nicht nur ein Ort der *Schreibtischtäter*, sondern auch ein Ort, an dem gefoltert und gemordet wurde. Im zweiten Hof

war ein *Schutzhaftgefängnis* eingerichtet, in dem Regimegegner festgehalten und gequält wurden. In diesem *Schutzhaftgefängnis* kam im Juni 1942 auch Herbert Baum zu Tode, der wegen des Brandanschlags auf einen Ausstellungspavillon im Lustgarten im Mai 1942 verhaftet worden war. Das *Schutzhaftgefängnis* und die Tatsache, dass die Menschen, die zur Burgstraße bestellt worden waren, in der Regel kurz darauf deportiert wurden, machte die „Burgstraße“ unter den Berliner Juden zu einer besonders gefürchteten Adresse.

In der Burgstraße 28-30 und der unmittelbaren Nachbarschaft waren seit 1941 auch Dienststellen der Sicherheitspolizei und der Fremdenpolizei sowie Abteilungen des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg untergebracht, um mit *kurzen Dienstwegen* die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941, die den vollständigen Vermögenseinzug der deportierten und emigrierten Juden ermöglichte, zu exekutieren.

1943 wurde die Burgstraße 28-30 durch Bomben zerstört und das Judenreferat in die Französische Straße 48 verlegt. Nach der Abräumung der Ruinen blieb das Gelände an der Burgstraße bis 1990 weitgehend unverändert. Bereits vor der Wende gab es Bestrebungen, eine Gedenktafel am Ort des *Judenreferates* anzubringen – angeblich scheiterte das Vorhaben am Fehlen detaillierter Angaben.

Von 1997 bis 1999 wurde auf dem Grundstück Burgstraße 28-30 ein Neubau nach Entwurf von Steffen Lehmann errichtet. 1999 zog der Bundesverband deutscher Banken vom Rhein hier her. Den rückwärtigen Teil des Neubaus zum S-Bahnhof Hackescher Markt mietete die Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Entgegenkommen des Bundesverbandes deutscher Banken ermöglicht den Guss einer Gedenktafel. Der Text der Tafel, die 2003 angebracht werden soll, lautet:

Die Burgstraße war vor dem Zweiten Weltkrieg ein Finanzstandort, der für die wirtschaftliche Entwicklung Preußens von großer Bedeutung war. Hier befand sich seit 1853 die Berliner Börse und von 1872 bis 1876 die Zentrale der Deutschen Bank.

Im Haus Nr. 28 war von 1941 bis 1943 das Judenreferat der Staatspolizeileitstelle Berlin untergebracht. Es organisierte die Deportation von über 50 Tausend Juden und unterhielt im Gebäude ein sogenanntes Schutzhaftgefängnis.

Benedikt Goebel

Der Autor hat seine Dissertation „Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert“ im November 2002 an der Humboldt-Universität verteidigt.

Zum 55. Jahrestag der Rückkehr der Shanghai-Flüchtlinge nach Berlin

Christine Fischer-Defoy

Foto Sonja Mühlberger

Liebe Shanghailandler,
liebe Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums, sehr geehrte Damen und Herren

Heute vor 55 Jahren kehrten hier, an diesem Ort – nicht ins Schwimmbad, sondern in den Gör-
litzer Bahnhof – 295 Berlinerinnen und Berlinern aus dem Shanghai Exil zurück, einige von
ihnen sind heute hier unter uns.

Stellvertretend für unsere Shanghai-Gruppe, die in der Vorbereitung des 50. Jahrestages ent-
stand und von Sonja Mühlberger tatkräftig "am Laufen gehalten" wird, spricht gleich im An-
schluss Martin Beutler über seine Empfindungen bei der Reise in das Land, das ihn – wie alle
Exilanten – vertrieben hatte.

Heute Nachmittag werden wir im Jüdischen Museum ausgiebig Gelegenheit haben, über die
Erinnerungen der Shanghailandler an ihre Exilzeit und ihre Rückkehr nach Berlin zu sprechen.

Ich möchte deshalb eher noch einmal die Ereignisse vor fünf Jahren in Erinnerung rufen – sozu-
sagen die Erinnerung an die Erinnerung. Denn damals waren die Shanghai-Emigranten in Berlin
noch eine weitgehend unbekanntes Spezies innerhalb der Rückkehrer aus dem Exil, und auch
wir, das Aktive Museum, hatten Shanghai als Ziel der Emigration erst

in unserer Ausstellung "1945: Jetzt wohin?" überhaupt wahr – und wichtig genommen. Zunächst
war nur geplant, in der bewährten Aktionsform des Aktiven Museums am 50. Jahrestag der An-
kunft in Berlin, dem 21. August 1997 hier eine Gedenktafel anzubringen, die an dieses Ereignis
erinnert – den Vorgänger dieser Tafel, vor der wir heute hier stehen. Vor allem Christiane Hoss
und Georg Armbrüster war es zu verdanken, darüber hinaus die Initiative für eine Ausstellung
zum Thema "Exil in Shanghai" zu ergreifen und hierfür das Jüdische Museum im Stadtmuseum
Berlin als Partner zu gewinnen. Die Ausstellung "Leben im Wartesaal", die am 4. Juli 1997 im
Martin-Gropius-Bau eröffnet wurde, fand ein großes Medienecho, nicht zuletzt sicher auch we-
gen den zeitgleichen Turbulenzen um den damaligen Direktor Amnon Barzel, und viele werden
sich wie ich erinnern an die Protestdemonstrationen gegen seine Absetzung vor dem Ausstel-
lungsgebäude am Abend der Eröffnung.

Viel ist mittlerweile geschehen:

Im August 1997 führten wir ein Shanghai-Seminar in Berlin durch, zwanzig angereiste Shanghai-
länder tauschten ihre Erfahrungen aus und ließen uns an ihren Erinnerungen teilhaben.



Im Oktober 2000 konnten wir mit Unter-
stützung des Leo Baeck Institute zu-
sammen mit dem Hentrich-Verlag im
Centrum Judaicum das Buch "Exil in
Shanghai 1938
1947" präsentieren, das u.a. mit neues-
ter Technik die Datei von 14 800 Perso-
nen verfügbar
macht, die 1944 als
Ausländer in
Shanghai gemeldet
waren. Das Buch
gibt zugleich einen
Einblick in die sozia-
le Struktur des Exils

in Shanghai. Am Tag der Buchvorstellung haben wir dann hier auch die erneuerte Gedenktafel installiert.

Inzwischen hat das Jüdische Museum seinen Neubau bezogen und wird uns um 16 Uhr dort empfangen. Mit Michael Blumenthal hat es einen Direktor gefunden, der selbst Shanghaierländer und damit dem Thema besonders aufgeschlossen ist. So möchte ich Sie alle herzlich einladen, auch an diesem Erzähl-Nachmittag teilzunehmen.

Zunächst jedoch bitte ich **Martin Beutler**, über seine Erinnerungen und Gedanken an den 21. August vor 55 Jahren zu uns zu sprechen.

Liebe Shanghaierländer,

Liebe Mitglieder des Vereins Aktives Museum, meine Damen und Herren!

Als ich vor 5 Jahren an diesem Ort die Enthüllung dieser Gedenktafel erlebte, die aufmerksam macht auf das Schicksal jüdischer Bürger aus Berlin, erfüllten mich überwiegend gute Empfindungen.

In erster Linie empfand ich Hochachtung vor dem Mut und dem Optimismus unserer Väter, Mütter, anderer Verwandte und Bekannte für ihre Entscheidung zu dieser Reise sowie Stolz auf die Wertschätzung, die Ihnen nach 50 Jahren zuteil wurde.

Umgangssprachlich wird auch heute noch von ihrer *Rückkehr nach Berlin, nach Deutschland* gesprochen. Das hat mich vor allem in den zurückliegenden 5 Jahren oft an den irreversiblen Schritt der Grenzüberschreitung vom August 1947 denken lassen. Dazu angeregt haben mich

die Reden und Diskussionen auf unserem Kolloquium in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, die im letzten Jahrzehnt dichter gewordene Folge von Publikationen und (Video-) Filmen über das Exil Shanghai, aber auch die vielen Begegnungen mit ehemaligen Shanghaierländern, die zu Besuch nach Berlin kamen. Nicht unerwähnt lassen darf ich den Gedankenaustausch unter uns ehemaligen Shanghai-Kids, der unsere Verbundenheit stärkte und auch komplizierte Fragestellungen nicht ausschloss. Zu diesen immer wieder auftauchenden Fragen gehörte die nach der Begründung der sog. Rückkehr in das Land, das uns ausgegrenzt, entrechtet, verfolgt, vertrieben und die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Unser Exil in Shanghai – ein Leben im Wartesaal – war für alle Emigranten eine – wenn auch zeitlich kürzer gehoffte – Durchgangsstation. Nach Kriegsende im Fernen Osten war die Frage nach dem "Wohin?" individuell zu entscheiden. Die Mehrheit der deutschen Emigranten entschied sich für die Weiterwanderung nach den USA, nach Australien, Israel und anderen Ländern. Eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Minderheit (ich schätze 10-15 Prozent) entschied sich



Foto Christine Fischer-Defoy

aus unterschiedlichsten Gründen für die Reise in die ursprüngliche Heimat.

Aus meiner persönlichen Sicht war diese Reise nach Deutschland *keine* Rückkehr. Für uns Kinder war es ohnehin eine Reise mit den Eltern in ein neues, weitestgehend unbekanntes Land; für die Erwachsenen eine Reise in ein Land, welches *nicht gleichzusetzen* war mit jenem, das Ausgangspunkt und Verursacher ihrer Verfolgungen, Leiden und Tragödien war. Denn dieses Land, dieser Staat existierte nicht mehr!

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den Faschismus, die Beschlüsse der Alliierten von Teheran, Krim und Potsdam hatten die Leitlinien für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Region vorgegeben. Die angestrebte Demokratisierung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens, die Zerschlagung der ökonomischen Machtzentren und des Militarismus waren motivierende, vertrauensbildende Aspekte, um sich für die Repatriierung mit Unterstützung der UNRRA zu entscheiden. Die Repatriierung implizierte die Wiedereingliederung in den Heimatstaat und die Wiedererlangung der früheren Staatsangehörigkeit.

Diese positiven Rahmenbedingungen sowie die Aussicht auf das Wiedersehen mit zurückgebliebenen und überlebenden Familienangehörigen, mit Verwandten und ehemaligen Freunden, die Hoffnung, mit diesen gemeinsam eine lebenswerte Zukunft zu gestalten, untermauerten den Entschluss zur Rückwanderung.

Vielseitige Unterstützung erhielten die Repatriierungswilligen durch die auf der Basis der Beschlüsse von Potsdam tätige "Gemeinschaft der Demokratischen Deutschen in Shanghai", später bekannt als "Gemeinschaft der Flüchtlinge aus Deutschland". Diese Vereinigung war Ende 1945 gegründet worden mit dem Ziel, die Interessen der deutschen Flüchtlinge – unbeschadet ihrer konfessionellen und politischen Auffassungen – gegenüber Dritten zu vertreten. Dazu zählte auch, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie UNRRA und JOINT und über diese mit der Alliierten Kontrollkommission in Deutschland, Möglichkeiten der Repatriierung oder für eine Weiterwanderung zu prüfen und zu fördern.

Ich darf an dieser Stelle nicht verschweigen, dass jene Emigranten, die sich für die Repatriierung entschlossen hatten, nicht nur Verständnis und Zustimmung erhielten, sondern zum Teil massiven Widerspruch, Beschimpfungen und Protestaktionen seitens der Weiterwanderungsentschlossenen erleben mussten. Auf vieles konnten die Rückwanderer vorbereitet werden.

Weitestgehend offen blieb die Beantwortung der Frage, wie die einheimischen Berliner ihren früheren Mitbürgern, Nachbarn entgegenreten und sie aufnehmen würden. Die ersten Eindrücke, der Empfang auf dem Görlitzer Bahnhof und die offizielle Begrüßung durch Bürgermeister Friedensburg im Lager Reinickendorf waren verheißungsvoll.

Wie es den ehemaligen Shanghaikländern in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin und in den vier Besatzungszonen bis 1949 erging, was sie später erlebten, inwieweit sich ihre Hoffnungen und Wünsche erfüllten, ist ein anderes, spannendes Kapitel, das zum Teil auch aufbereitet worden ist. Nur einen Gedanken möchte ich hierzu äußern: Bei jenen, die sich überwiegend politisch motiviert repatriieren ließen, wandelten sich allmählich ihre ursprüngliche Zuversicht und Hoffnung in Visionen und in Träume!

Beschrieb ich einleitend meine guten Empfindungen an dieser Stelle vor 5 Jahren, muss ich abschließend heute bekennen, dass Nachdenklichkeit, Zwiespältigkeit und zunehmende Befürchtungen meine Empfindungen kennzeichnen, wenn ich mein aktuelles gesellschaftliches Umfeld betrachte; und dies, obwohl ich persönlich nicht klagen kann, wenn ich mein privates und berufliches Umfeld in den zurückliegenden 55 Jahren Revue passieren lasse.

Vor dem Hintergrund unserer erlebten Erfahrungen als Minderheit im chinesischen Exil, schmerzen und ängstigen die Toleranzunfähigkeit und –unwilligkeit eines immer größer werdenden Teils unserer Gesellschaft.

Um so dankbarer bin ich, an meiner Seite Menschen zu wissen sowie Institutionen, wie den Verein Aktives Museum, die *auch* das Kapitel des Exils in Shanghai zum Anlass nehmen, permanent – und nicht kampagneartig – auf wachsenden Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus aufmerksam zu machen, zu erinnern und zu mahnen!

Vielen Dank für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit!

Martin Beutler, Berlin, den 21. August 2002

Späte Ehrung für Frau Kudret und ein Wiedersehen mit Ankara nach 53 Jahren

Die Deutsche Schule Ankara feierte im Oktober 2002 ihr 50-jähriges Bestehen und damit verbunden war eine Ehrung für Frau Kudret. In einer anlässlich dieses Jubiläums herausgegebenen Festschrift wird die Geschichte dieser Schule aufge-
rollt.

Als die deutsche Botschaft unter Atatürk von Istanbul nach Ankara verlegt wurde, gab es dort zunächst keine Möglichkeit, regulären deutschen Schulunterricht zu erhalten. Ich kenne eine heute 92-jährige Dame, eine Tochter von Botschafter Nadoiny, die sich an diese Zeit noch erinnert. 1926-1927 wurden die Botschaftsgebäude errichtet, die sich heute übrigens noch fast unverändert präsentieren. Dort wurde, wie die Festschrift beschreibt, schon vor 1930 ein privater deutscher Schulzirkel eingerichtet, der sich allmählich zu einer Einrichtung für alle in Ankara anwesenden reichsdeutschen Schulkinder entwickelte. In einem Brief der deutschen Botschaft an das Auswärtige Amt in Berlin heißt es: „Der Schulzirkel wird mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes und unter Aufsicht des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung betrieben. Der Hauptunterricht wird heute (24.2.44) von reichsdeutschen beamteten Lehrern erteilt.“ Nach 1933 war den immer zahlreicher zuziehenden Emigrantenkindern jedoch der Besuch dieser Schule verwehrt. Die Eltern fanden andere Lösungen für die Ausbildung ihrer Kinder. Einige gingen auf türkische Schulen, einige kamen in Internate nach Istanbul und viele wurden zunächst von Frau Kudret privat unterrichtet.

Frau Leylâ Kudret Erkönen, geb. Doris Zernott, stammte aus der Nähe von Augsburg, hatte in München, Heidelberg und Paris studiert und die Lehrbefähigung für Mathematik und Naturwissenschaften sowie Deutsch, Geschichte und Französisch erlangt, dann einen türkischen Ingenieur geheiratet, der in Deutschland studiert hatte, und war mit ihm in die Türkei übersiedelt. Seit 1934 lebte sie in Ankara. Sie hatte keine eigenen Kinder, war jedoch eine begnadete Pädagogin. So hat sie in den 30er und 40er Jahren zahlreiche Schüler teils einzeln, teils in Gruppen auf die unterschiedlichsten Schulprüfungen vorbereitet. Ich selbst kann mich wohl zu denen zählen, die am längsten von ihr unterrichtet wurden, nämlich 12 Jahre lang, von der Erlernung des ABC bis zum Abiturniveau. Ausgenommen waren nur die Fächer Musik, Kunst, Sport und Latein, welch letzteres ich bei meinem Vater, Professor für klassische Philologie in Ankara, erlernen sollte. Der Unterricht bei Frau Kudret war immerhin so erfolgreich, dass ich 1949 ohne Schwierigkeiten in Deutschland in eine Abiturklasse eintreten und das Abitur nach einem dreiviertel Jahr ablegen konnte.

Seit August 1944 gab es dann kriegsbedingt keine deutsche Botschaft mehr in Ankara und damit auch keine Botschaftsschule. Als 1952 wieder ein deutscher Botschafter in das Botschaftsgebäude einzog, musste eine Schulumöglichkeit für die Kinder der Botschaftsangehörigen geschaffen werden. Als Lehrerinnen konnten neben Frau Kudret die ehemalige Lehrerin der Kinder von Botschafter Haas aus Peking gewonnen werden. In den Anfangsjahren der neuen deut-



Gedenktafel für Leylâ Kudret Erkönen, geb. Doris Zernott, Deutsche Schule Ankara

schen Botschaftsschule hat Frau Kudret in ihrem Privathaus, nicht weit vom Botschaftsgebäude, den Unterricht für die Oberstufe erteilt. Ihre Fächer laut Klassenbuch waren Deutsch, Englisch, Französisch, Latein, Mathematik und Chemie. Sie lehrte regulär von 1952 bis 1971. Später standen auch Klassenräume auf dem Botschaftsgelände zur Verfügung, bis dann 1968 ein Schulneubau gegenüber, auf der anderen Seite des Atatürk Bulvarı, eröffnet wurde. Nach 1971 war Frau Kudret dann die bewährte Nachhilfelehrerin für Schüler der Oberstufe, daneben hatte sie zahlreiche auch erwachsene Schüler, denen sie u.a. Deutsch, Englisch, Türkisch und Latein beibrachte. In der politischen und wirtschaftlichen Krisenzeit von 1978/79 verließen viele Mitarbeiter die Schule mitten im Schuljahr, so dass Frau Kudret mit 83 Jahren kurzfristig den Deutschunterricht in der 10. Klasse, der Abschlussklasse, übernahm. Sie war auch Ehrenmitglied des Schulvereins. Die Bundesrepublik Deutschland ehrte sie zum 70. Geburtstag mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse und zum 90. Geburtstag 1985 mit dem großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Im Alter von 96 Jahren verstarb Frau Kudret in Ankara. Eine Mappe mit Briefen ehemaliger Schüler, hauptsächlich von Emigrantenkindern, zu ihrem 70. Geburtstag ist ebenfalls ein sprechender Beweis für ihre überragende Leistung. Nun hat die Deutsche Schule Ankara anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens bei einem Festakt, auf dem Edzard Reuter, ehemaliger Schüler von Frau Kudret, eine Laudatio hielt, eine Gedenktafel für sie im Treppenhaus der Schule eingeweiht. Darauf steht zu lesen:

LEYLA KUDRET ERKÖNEN

1895-1992

*Tief verwurzelt in europäischer Kultur,
hat ihre einzigartige Persönlichkeit,
verbunden mit umfassendem Wissen und erzieherischem Können,
über lange Jahre hinweg unzählige Menschen vielfältigen Herkommens
für ihr weiteres Leben vorbereitet und geprägt.*

Somit sieht sich die Deutsche Schule Ankara in hohem Maße in der Tradition, die von Frau Kudret verkörpert wurde und nicht in der Nachfolge der Botschaftsschule der 30er und 40er Jahre, obwohl sie ihren Anfang am alten Ort nahm. Mit der Hoffnung auf Erweiterung der Schule um zwei Schuljahre bis zum internationalen Baccalaureat ist dann auch eine Umbenennung in Ernst-Reuter-Schule geplant.



Die frühere ungarische Botschaft (Gebäude rechts) am Gazi Mustafa Kemal Bulvar, Ecke Menekşe sok. nun im dichten Häusermeer der Großstadt

Für mich war die Begegnung mit der Stadt meiner Kindheit sehr spannend. Abgesehen von einem Kurzaufenthalt 1958 war ich eigentlich seit 1949 nicht mehr dort gewesen. Die Suche nach alt Bekanntem war doch recht erfolgreich, wenn auch aus der übersichtlichen 120.000-Einwohner-Stadt inzwischen eine über 4-Millionen-Metropole geworden ist. Schon die deutsche Botschaft in Ihrem großen Park war ganz wie früher. Der erfreuliche Unterschied war nur, dass ich jetzt frei und unbeschwert hineingehen konnte trotz des Wissens, dass am selben Ort 1939 in den Pass meiner Mutter der J-Stempel und die Bemerkung "Vorname Sara amtlich hinzugefügt" eingetragen wurde. Allerdings ist der Straßenverkehr vor der Botschaft so rasant, daß die Schüler der Deutschen Schule, die zum Schwimmunterricht auf die andere Straßenseite gehen müssen, dafür Polizeischutz benötigen. Auf der Suche nach unserem früheren Weinberglandhaus in Küçük Esat stieß ich mit dem Bus bis Büyük Esat vor, ohne es wiederzufinden, dafür



Die Landschaft am Stadtrand des alten Ankara hat sich mittlerweile zu einer Großstadt verwandelt (Bild oben), in den 1930er und 1940er Jahren standen hier noch Landhäuser wie das der Familie Rohde (Bild links, um 1941) und zum nächsten Brunnen ging es durch unbebautes Gelände (Bild rechts, Silvia und Firmin Rohde)





Wo früher das Wohnhaus der Familie Rohde in der Mithat Pasa cad. stand (Bild oben mittleres Haus, Bild unten 1930er Jahre damals İsmet Pasa cad.) ragen nun Geschäftshäuser auf, im Bildvordergrund (oben) Denkmal für Mustafa Kemal Atatürk

konnte ich eindrucksvoll die Nahtstelle zwischen modernster Architektur und armseligen Hütten erleben. Der schöne freie Blick von dort oben ist auch nicht mehr der alte, durch den Dunst ist der früher beherrschende und von überall sichtbare mehrgipflige Berg Hüseyin Gazi nur noch zu ahnen. In der Stadt haben die Wohnbauten der zwanziger Jahre praktisch alle sehr viel höheren Häusern weichen müssen, aber das Straßennetz in Yenisehir (Neustadt), wo die meisten Emigranten zunächst wohnten ist noch erhalten und mit ihm die meisten Straßennamen. Von den öffentlichen Bauten von damals sind viele unverändert, wenn auch zum Teil mit einem rosa-lila Anstrich versehen. Das alte Gesundheitsministerium am Sıhhiye wirkt jetzt ganz klein, dicht dabei steht ein monumentales Hethiterdenkmal und in der Blickachse auf den alten Wasserberg erhebt sich das Massiv der Kocatepe-Moschee, der größten von Ankara. Richtung Ulus kommt dann wieder viel Vertrautes, so die von Bruno Taut gebaute Universität, das ethnographische Museum mit dem Reiterdenkmal von Atatürk, das Musterkrankenhaus, allerdings ziemlich zugebaut, das jetzige Gemälde- und Skulpturenmuseum, früher Halkevi, wo wir z.B. an Gymnastikvorführungen unter Frau Marga Birsen mitwirkten, weiter unten dann das Kulturministerium und die Oper im rosa-lila Gewand. Auch das Evkâf-Apartmani, in dem die Fakultät vor dem Bezug des Taut'schen Baues untergebracht war, steht noch, umgeben von höheren Glaspalästen. Ulus-Meydanı, Burgberg und Saman Pazarı waren noch ganz vertraut, der Bedestan sehr schön zum Museum für anatolische Zivilisationen ausgebaut. Am Kizilay, jetzt U-Bahnkreuzung des T-förmigen U-Bahnnetzes, steht ein moderner, interessant verglaster kubischer Bau, ihm gegenüber wirkt das Denkmal des Vertrauens (Güvenlik



*Dies ist das Haus der Fakultät; wo
der Punkt ist,
ist mein Zimmer.*



Das erste Gebäude der sprachwissenschaftlichen Fakultät Ankara heute (Bild oben) und 1936 (Bild mitte), an dem Georg Rohde in seinen ersten Jahren in Ankara als Professor für Klassische Philologie arbeitete.

Bild unten: Der Ulus Meydani (Platz der Nation) im Zentrum von Ankara mit dem markanten Bauwerk der Sümerbank, 1938 errichtet nach den Plänen von Martin Eisässer, am rechten Bildrand Denkmal für Mustafa Kemal Atatürk



Aniti) recht klein und nebensächlich. Aber ganz in der Nähe steht noch das markante Turmhaus der ungarischen Botschaft, wo wir als Kinder immer zur katholischen Messe gehen mussten. Jetzt ist es ein Restaurant und von Hochhäusern umgeben.

Der Tourismus hat Ankara noch nicht erreicht: Eine Stadtrundfahrt wurde nicht angeboten. So etwas bekommen nur Reisegruppen auf Vorbestellung. Auch einfache Ansichtspostkarten sind nur ganz vereinzelt zu finden und meistens mit nationalen Symbolen reichlich versehen. Außerdem braucht die Post unverhältnismäßig lange. Nach vier Wochen sind noch nicht alle meine Kartengrüße eingetroffen. Obwohl es genug Sehenswertes gäbe, werden Reisegruppen im wesentlichen in das Hethiternmuseum und zu dem monumentalen Atatürk-Mausoleum gefahren.

Was mir an Ankara besonders gut gefallen hat, sind die zahlreichen recht gepflegten Parks, viele Brunnen und Wasserspiele im öffentlichen Raum, große Bäume, alles Errungenschaften, die in dem von Steppe umgebenen alten Ankara unbekannt waren. Durch den Bau von Talsperren scheint das Wasserproblem erfreulicherweise gelöst zu sein. Auch die Lebendigkeit der Stadt, die vielen jungen Menschen, meist ordentlich gekleidet und frisiert - wenig Kopftuchträgerinnen -, die Höflichkeit in der U-Bahn, wo älteren Menschen ganz selbstverständlich ein Platz angeboten wird und auch die Sauberkeit der U-Bahn machten einen sehr guten Eindruck. Die neue Architektur im Stadtbild ist durchaus abwechslungsreich. So war meine anfängliche Sorge unberechtigt, ein hässliches, von Smog eingehülltes unstrukturiertes Stadtbild vorzufinden.

Silvia Giese, geb. Rohde, Berlin November 2002

Fotos S.14-17: Silvia Giese Berlin

Die Schreibweise türkischer Namen entspricht nicht der türkischen Orthographie.

Eine Gedenktafel für Stephanie Hüllenhagen – eine zu spät besungene Heldin

Die 1893 in Berlin geborene Stephanie Hüllenhagen, geb. Kaiser, wohnte seit 1933 in der Bellermannstraße 14 in Berlin-Wedding. Die sozialdemokratisch eingestellte Schneiderin nahm im Januar 1943 eine von der Deportation bedrohte jüdische Bekannte, die 1894 geborene Dr. Helene Leroi, in ihrer Wohnung auf. Deren Unterbringung in der kleinen 1-Zimmerwohnung mit Außentoilette war sehr schwierig. Gelegentlich hielt sich die Verfolgte, die besonders gefährdet war, da sie keine falschen Papiere besaß, auch bei Bekannten von ihr, Erna und Paul Bothfeld, auf; dies war vor allem wohl dann der Fall, wenn der Ehemann einer Hausbewohnerin in der Bellermannstraße, der bei der SS war, auf Urlaub kam.

Stephanie Hüllenhagen wurde bei ihrer Hilfe von mehreren Personen unterstützt, denn aus eigenen Mitteln wäre es ihr nicht möglich gewesen, die hohen Schwarzmarktpreise zu zahlen, da Helene Leroi als "illegale" natürlich keine Lebensmittelkarten besaß.

Eine Hausbewohnerin, Rosa Sichtung, half gelegentlich mit Lebensmitteln aus, ebenso wie das Ehepaar Bothfeld. Darüber hinaus stellte Prof. Dr. Fritz Baade, der als Emigrant in der Türkei lebte und der Vater der beiden nach England ausgewanderten Kinder von Helene Leroi war, monatlich 100 Mark zur Verfügung. Auf diese Weise gelang es Stephanie Hüllenhagen, Helene Leroi zwei Jahre und vier Monate lang – bis zum Ende der NS-Herrschaft – bei sich zu verstecken und zu versorgen.

Helene Leroi verstarb 1950, Stephanie Hüllenhagen 1967. Fünf Jahre zuvor, am 8. November 1962, wurde sie vom Westberliner Senat für ihre uneigennützigte Hilfe der Verfolgten gegenüber als "Unbesungene Heldin" geehrt.

Im Frühjahr 2001 wurde sie posthum als "Gerechte unter den Völkern" durch die israelische Gedenkstätte Yad Vashem ausgezeichnet; die Medaille und Urkunde wurde am 11. Oktober 2001 an ihre Nichte, Prof. Hanna Papanek aus Boston/USA, überreicht.

Die Gedenktafel, finanziert aus Spenden von Mitgliedern und Freunden des Vereins Aktives Museum, wird Anfang 2003 angebracht

Claudia Schoppmann

Spurensuche zur Zwangsarbeit in den Tegeler Borsigwerken

Der Löffel meines Vaters – ein künstlerisches Projekt

Während der Zeit des Nationalsozialismus mussten bei der Rheinmetall-Borsig AG in Berlin-Tegel Tausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus verschiedenen Ländern in der Rüstungsproduktion arbeiten.

Auf dem heutigen Gelände „Am Borsigturm“ in Tegel ist nichts mehr zu finden, was an die Zeit des Zweiten Weltkrieges und die damit verbundene Rüstungsproduktion erinnert. Die Umwandlung des ehemaligen Industriegebietes zu einem Dienstleistungs- und Konsumzentrum hat die Spuren der Vergangenheit in den 1990er Jahren bis auf einige erhaltene Fassaden und Metallkonstruktionen im Inneren des heutigen Einkaufszentrums „Hallen Am Borsigturm“ völlig ausgelöscht.

Der eine oder andere Passant erinnert sich vielleicht noch an die Lokomotivfabrikation des Firmengründers August Borsig, aber die wenigsten von ihnen an die Tausenden von Zwangsarbeitern, die hier für die Deutsche Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg arbeiten mussten und die, sichtbar für die deutsche Bevölkerung, in Lagern und Gaststätten in Tegel untergebracht waren.

Im Spätsommer 2001 fand in den Hallen am Borsigturm das niederländisch-deutsche Kunstprojekt: „Der Löffel meines Vaters, ehemalige Zwangsarbeiter aus Holland zurück zu den Borsigwerken“ statt. Dieses Projekt umfasste unterschiedliche Aktionen, an denen sich niederländische und Berliner Künstlerinnen und Künstler beteiligten.

René Klarenbeek und Sabrina Lindemann führten von August 2000 bis Juli 2001 Gespräche mit 15 ehemaligen Zwangsarbeitern der Rheinmetall Borsig AG in Holland. Auf Einladung der Künstler besuchten im September 2001 vier ehemalige Zwangsarbeiter mit ihren Ehefrauen Berlin-Tegel.

Im Juni 2001 gründeten Sabrina Lindemann und Birgit Kammerlohr das Mobile Institut für Spurensuche (M.I.S.). Das M.I.S. organisiert Begegnungen und betreibt an unterschiedlichsten Orten eine vielschichtige Spurensuche.

Im Rahmen des Kunstprojektes untersuchte das M.I.S. gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus Tegel und den ehemaligen Zwangsarbeitern aus Holland die Frage nach der Notwendigkeit eines Gedenkzeichens auf dem ehemaligen Fabrikgelände. Die zentralen Ereignisse dieser mehrwöchigen Begegnungs- und Forschungssituation fanden vom 27. August bis zum 7. Oktober 2001 statt.

René Klarenbeek und Thomas Beler fuhren in dieser Zeit mit einem mobilen Billboard (Werbeträger) durch Berlin-Tegel. Durch tägliches Malen auf den zwei Werbeflächen des Wagens ließen sie eine Serie von Texten und realistischen Bildern entstehen, die ihren Ausgangspunkt in der Geschichte von René Klarenbeeks Vater hatten, der einer der vielen holländischen Zwangsarbeiter bei Rheinmetall-Borsig war. Die weitere Entwicklung der sich permanent verändernden Bilderserie wurde von den Passanten und Bewohnern Tegels durch Gespräche mit den Künstlern beeinflusst, in denen sie über ihre Erinnerungen an die Kriegszeit und ausländische Zwangsarbeiter erzählen konnten.

Höhepunkt des Kunstprojektes war der einwöchige Besuch der vier ehemaligen Zwangsarbeiter mit ihren Ehefrauen in Tegel. Neben diversen offiziellen Empfängen, wie bei dem Regierenden Bürgermeister von Berlin im Roten Rathaus und bei der Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin sowie der Geschäftsleitung der Firma Borsig, trafen sich die Gäste auch mit dem Mobilen Institut für Spurensuche, sprachen mit den Jugendlichen und begleiteten die Aktionen am Billboard.

Außer den regelmäßig erscheinenden Artikeln im Lokalanzeiger der Tageszeitung „Berliner Morgenpost“ wurde auf der speziell für das Projekt eingerichteten Website www.der-loeffel-meines-vaters.de täglich über alle Aktionen berichtet, so dass auch über räumliche Distanzen hinweg das gesamte Projekt verfolgt werden konnte.

Mobiles Institut für Spurensuche (M.I.S.) – Aktionen

Unter dem Motto „Ich sehe was, was Du nicht siehst“ und „Du siehst was, was ich nicht sehe“ arbeitete das M.I.S. zehn Wochen lang zusammen mit Jugendlichen der Julius-Leber-Oberschule und des Humboldt-Gymnasiums aus Tegel. In einer Arbeitsgruppe hatten sie sich



unter Begleitung der Lehrer zusammengefunden. Treffpunkt war der Projektraum in einem der leerstehenden Büroräume auf dem ehemaligen Firmengelände, der für diese Zeit vom RSE-Centermanagement zur Verfügung gestellt wurde.

Da beide Schulen sich in unmittelbarer Nähe des Borsig-Geländes befinden, verbringen viele der beteiligten Schülerinnen und Schüler ihre Freizeit im heutigen Einkaufszentrum, zum Beispiel bei McDonalds oder im Kino, treffen sich an den Sitzcken oder gehen einkaufen. Das heutige Borsig-Gelände ist Teil ihres Lebensraumes. Die persönlichen Geschichten der 14- bis 17-jährigen, die diese mit Orten auf dem ehemaligen Borsig-Gelände in Verbindung brachten, waren Ausgangspunkt für eine gemeinsame Spurensuche.

Während einer ganztägigen Exkursion führten uns die Jugendlichen unter anderem auf das Dach der Parkgarage, in den Borsighafen und in das Einkaufszentrum. Dort wurden die Erinnerungen oder erfundene Geschichten erzählt, die sie mit dem jeweiligen Ort in Verbindung brachten. Ein selbstgewählter Partner aus der Gruppe filmte jeweils mit einer Videokamera die dazugehörigen Bilder der Umgebung. Die unterschiedlichen individuellen Wahrnehmungen, die durch die getrennte Bild- und Textebene im Video wieder zusammengebracht wurden, versetzten die Jugendlichen in die Lage, sich selbst und ihre Geschichte aus einer anderen, ihnen ungewohnten Perspektive zu betrachten.

An den Orten hinterließen wir kleine Aufkleber, die im Vorfeld mit selbstgeschnittenen Stempeln und Farbe gestaltet worden waren. So entstanden persönliche Ortsmarkierungen, die als Spuren unserer Spurensuche in der Öffentlichkeit zurückblieben, „Bezeichnungen“ des Territoriums, als

Annäherung an die Bedeutung eines „Gedenkzeichens“.

Fundstücke wurden gesammelt: Erdproben, ein alter Holzschuh, ein Schlüssel, Reklame von McDonalds und vieles andere und Frottagen (Abdrücke) von verschiedenen Untergründen genommen. Einige der Gegenstände benutzten wir später für diverse Assoziationsspiele und Wahrnehmungsexperimente. Mit einem „Beobachtungsritual“ zur Schärfung unserer Sinne und einem sogenannten „Blitzlicht“, spontane Äußerungen eines Gefühls oder Eindrucks, begannen wir den jeweiligen Tag.



Ein Zeitzeuge aus Tegel, der bei Borsig in den Kriegsjahren als 14-jähriger eine Ausbildung begonnen hatte, begleitete uns an diese Orte und zeigte im Anschluss an die Erzählungen der Jugendlichen noch sichtbare Spuren der Vergangenheit. Er machte uns aufmerksam auf alte Einschusslöcher in den Fassaden des Einkaufszentrums. An den Metalpfeilern im Inneren der „Hallen Am Borsigturm“ waren noch Kratzer und Löcher von Granatsplittern zu entdecken.

Gedenkzeichen

Interviews, in denen die Jugendlichen in den „Hallen am Borsigturm“ Passanten zur Geschichte des Ortes, dem Wert von Erinnerungen und nach Ihrer Haltung zu einem Gedenkzeichen befragten, waren ein weiterer Ausgangspunkt der Spurensuche. Durch die unterschiedlichen Aussagen entstand Neugierde, den tatsächlichen Hergang der Geschichte des Borsig-Geländes wissen zu wollen.

Mit Hilfe von diversen Medien, wie zum Beispiel Fragmenten aus Dokumentarfilmen und einschlägiger Literatur, vertieften wir die historischen Kenntnisse. Unsere Aufmerksamkeit richteten wir dabei nicht nur auf die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiter, sondern auch auf kleine Anekdoten, alltägliche Begebenheiten oder erste Liebesbeziehungen, da erst so ein komplexeres Bild der Geschichte und ein direkterer Zugang mit den vergangenen Geschehnissen möglich war.

Die Frage nach einem Gedankzeichen war ein Auslöser um intensiv über die Funktionalität von Denkmälern, die wir kannten, nachzudenken und diese kritisch zu hinterfragen. Wie muss das Gedenkzeichen beschaffen sein, um wirklich einen Impuls für die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu geben?

In darauffolgenden Gesprächen entwickelten die Jugendlichen erste Ideen, wie z. B. Stille in das Einkaufszentrum zu bringen oder einzelne Wörter und Bilder, die auf die Geschichte der Zwangsarbeiter verweisen sollten, auf den Boden zu projizieren. Es waren vorübergehende „Zeichen“, die als Störfaktoren und Überraschungselemente funktionieren sollten.

Begegnungen mit den ehemaligen Zwangsarbeitern

Neben den Aktionen auf dem Gelände des heutigen Einkaufszentrums empfing das M.I.S. auch die vier ehemaligen Zwangsarbeiter Leo Duyzend, Kees Duindam, Adriaan Dulvestein und Philip Engel mit ihren Ehefrauen aus Holland. Die Teilnehmer/innen des M.I.S. kochten für die Gäste und organisierten eine Gesprächsrunde, in der die Fundstücke des Geländes als Auslöser funktionierten, um gegenwärtige und vergangene Erlebnisse und Erinnerungen auszutauschen. Es gab eine gemeinsame Bootsfahrt auf dem Tegeler See, einen Besuch bei der Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin Frau Wanjura mit anschließender Eintragung ins „Goldene Buch“ und einem Essen im Ratskeller und weitere offizielle Empfänge und Aktivitäten.

In die Öffentlichkeit

Im Anschluss an den Besuch der holländischen Gäste malten die Jugendlichen auf dem Billboardwagen von René Klarenbeek und Thomas Beier ihre persönlichen Fragen, Aussagen oder Bilder, die sie im Rückblick auf die Begegnungen mit den Holländern entwickelt hatten. Anschließend fuhr der Wagen durch Tegel und parkte an verschiedenen Orten, so dass die Jugendlichen ihre Meinungen sichtbar den Passanten und ihren Mitschülern präsentieren konnten. Neben den persönlichen Ortsmarkierungen auf dem Gelände hinterließen wir so eine weitere Spur in der Öffentlichkeit.

Zukünftige Erinnerung

Aus den vielfältigen Beschäftigungen mit den gegenwärtigen und vergangenen Geschichten vor Ort sind gemeinsame Erinnerungen entstanden. Das Markieren der persönlichen Orte, die unterschiedlichen Begegnungen und Gespräche, das Nachdenken über die Form eines eventuellen Gedenkzeichens sowie die öffentlich gemalten Texte und Bilder auf dem Billboard haben für uns die Bedeutung einer eigenständigen Erinnerungsarbeit.

Die konkrete Verwirklichung der Gedenkzeichenideen wäre ein weiterer Schritt, der aber über den von uns gestellten Rahmen hinausgegangen wäre.

Mit unserer Arbeit schafften wir die Möglichkeit, den Wahrnehmungsradius des alltäglichen Umfeldes ein kleines Stück zu erweitern, so dass bis dahin unbeachtete Dinge im Blickfeld sichtbar werden konnten.

Über die Arbeit

Das Borsig-Gelände mit seiner komplexen Geschichte von Rüstungsindustrie bis Shoppingcenter war für das M.I.S. der Ausgangspunkt die niederländischen Zwangsarbeiter und deutschen Jugendlichen in Kontakt miteinander zu bringen. Der direkte Umgang miteinander und die unterschiedlichen Arten von Begegnungen (mit dem Gelände, der Geschichte, den Spuren, mit deutschen Passanten und miteinander) standen im Mittelpunkt dieser gemeinsamen Arbeit.

Die verschiedenen Aktivitäten dienten mit ihrer spielerischen, intuitiven, manchmal auch provokativen und aufdringlichen Art einer vielschichtigen Annäherung an die Geschichte des Ortes. Dabei entstanden, neben gemeinsamen Erlebnissen und eigenen Erfahrungen, sinnliche Wahrnehmungen, die sich als durchgeführte Eindrücke im Gedächtnis ablagern können.

Mit unserer Arbeit des M.I.S. suchten wir, abseits der historischen Fakten über die Geschichte der Zwangsarbeiter bei Rheinmetall-Borsig, vor allem einen sozialen Raum, in dem ein direkter Kontakt zwischen Menschen entstehen konnte, die als einzige Verbindung ein und den selben Ort in zwei verschiedenen Zeitepochen haben. Dabei funktionierten die Gegenstände, die bei der Spurensuche über das Gelände gesammelt worden waren, als Auslöser um über vergangene und gegenwärtige Situationen ins Gespräch zu kommen. Gerade die kleinen alltäglichen Dinge des Arbeits- und Lagerlebens der ehemaligen Zwangsarbeiter beeindruckten die Jugendlichen, da sie diese mit ihren eigenen alltäglichen Lebenserfahrungen in Beziehung setzen konnten und das Unfassbare der nationalsozialistischen Zeitepoche dadurch ein Stück näher kommen konnte. Aber auch in einer gemeinsamen Stille, wie beim Betrachten der Fundstücke oder der Fotos, lag eine Qualität der Begegnungen, die wir suchten. Wir wollten Situationen schaffen in denen vor allem ZEIT miteinander verbracht werden konnte, in der durch die unterschiedlichen gemeinsamen Aktivitäten aus dem gegenseitigen „Fremden“ langsam „Bekanntes“ mit Namen und dazugehörigen Lebensgeschichten werden konnten.

Im Verlauf des Projektes begannen verschiedene Projektbeteiligte auch in der eigenen Geschichte und im familiären Umfeld Fragen nach der Vergangenheit zu stellen. Ein Schüler schaute sich gemeinsam mit seiner Mutter ein altes Fotoalbum an und stieß dabei auf die für ihn beeindruckende Tatsache, dass sein eigener Opa bei Borsig gearbeitet hatte. Unsere Arbeit zog mit einer gewissen Eigendynamik weitere Kreise. Auch wenn im Inneren Kern letztendlich nur eine kleine Gruppe direkt beteiligt war, entstanden durch die Berichterstattungen an Freunde und Bekannte wiederum weitere „Generationen“ von Projektbeteiligten.

Gedenkzeichen

Die Gedenkzeichenideen, die die Jugendlichen für das Borsig-Gelände entwickelten, waren temporäre Erinnerungs-Zeichen, Auslöser, Störfaktoren, Überraschungselemente. Wir waren uns einig, dass ein gegenwärtiges Gedenkzeichen nicht statisch sein kann, nichts für die Ewigkeit. Es musste etwas Dynamisches sein, etwas sich Veränderndes, so dass die Auseinandersetzung damit lebendig bleibt. Etwas, was sich immer wieder vergegenwärtigt.

Leo, einer der holländischen Gäste, sagte zum Abschied seines Besuches in Berlin: „Das Gedächtnis der Jugendlichen sei doch jetzt das Gedenkzeichen, da sie nun die Geschichten weiter erzählen können.“

Kunst

Kunst im traditionellen Sinn hat mit der Sensibilisierung innerhalb der Auseinandersetzung zwischen Betrachter und Kunstwerk zu tun. Dieses klassische Gegenüber haben wir in unserer Arbeit aufgehoben. Jede/r Teilnehmer/in war in gewissem Sinne gleichzeitig Gestalter/in und Betrachter/in der momentanen Situation. Der konzeptionelle Ansatz lag in der Gleichberechtigung der Begegnungen, in dem Austauschen und Miteinander unterschiedlicher Sichtweisen, Perspektiven, Bewegungen und Abläufe. Die Sensibilisierung lag in der permanenten Auseinandersetzung mit dem eigenen Standpunkt im Verhältnis zum direkten Gegenüber und der Umgebung.

Als Künstler fühlen wir uns nicht verpflichtet messbare Resultate zu liefern (Lernziele zu bedienen), sondern kann es unser Ziel sein, unkontrollierbare und kreative Potenzen anzusprechen, durch die die gewohnten Wahrnehmungen (von uns selbst und unserer Umgebung) in Frage gestellt werden können. Leerstellen und Verschwiegenheiten, und

alles das, was gerade nicht einzuordnen ist, haben für uns einen eigenen Wert, weil darin die Möglichkeiten für weitere Fragen verborgen liegen.

Kunst ist für uns ein Denkraum, in dem Impulse in Gang gesetzt und Fragen neu gestellt werden können, so dass bestehende Dinge plötzlich in einem anderen Licht gesehen werden können.



Eine Idee

Als Konsequenz aus dieser gemeinsamen Arbeit entwickelte das M.I.S. die Idee eines *Internationalen Kunst- und Begegnungszentrums* als *Erinnerungs-Raum* auf dem heutigen Borsig-Gelände:

Aus den Ländern, aus denen im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiter deportiert worden sind, werden Künstler eingeladen, die für ein paar Monate auf dem Borsig-Gelände gratis verbleiben können. In den leerstehenden neugebauten Büroräumen befinden sich Unterkünfte und Ateliers. Es gibt neben den Ateliers einen speziellen Projektraum, der als Kommunikations- Zentrum und Treffpunkt für Jugendliche, Senior/innen und Künstlern/innen funktioniert. Die Geschichte vor Ort ist der Ausgangspunkt für die Projekte. Das Borsig-Gelände wird in Zusammenarbeit mit den Künstlern/innen, Jugendlichen und Senior/innen unterschiedlich bespielt.

Ein bleibendes Gedenken kann in unseren Augen entstehen, wenn es in eine alltägliche Selbstverständlichkeit integriert wird. Diese Integration ist möglich, wenn die junge und alte Generation an der Gestaltung eines sozialen (Gedenk)-Raumes vor Ort beteiligt wird.

Das Projekt HALLE G

Im September Oktober 2002 fand eine erste Annäherung an diese Idee statt. In dem Projekt *HALLE G, Gedenk-Zeichen, Fragen und Positionen zu aktuellen Erinnerungsformen* entwickelte eine Gruppe von Künstler/innen neue Ideen und Stellungnahmen für das Gelände und präsentierte Dokumentationen des vorangegangenen Projektes. *HALLE G* verstand sich als Ausstellungs-, Informations- und Veranstaltungsort, an dem die Geschichte der niederländischen Zwangsarbeiter aber auch Themen wie „Erinnern, Gedenken, Vergessen“ auf unterschiedliche künstlerische Art und Weise weiter beleuchtet wurden. Es gab einen weiteren Besuch von ehemaligen Zwangsarbeitern in Berlin-Tegel sowie Workshops mit Jugendlichen. Die öffentliche Tagung *Gedenkstätte im Einkaufszentrum?* mit niederländischen und deutschen Referenten/innen ermöglichte eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Tagung schilderte detailliert die Erinnerungsgeschichte der Zwangsarbeiter in den Niederlanden und stellte die Frage, inwieweit man Kommerz (Einkaufszentrum am authentischen Ort) und Gedenken überhaupt miteinander verbinden kann.

Die Idee eines *Internationalen Kunst- und Begegnungszentrums* als *Erinnerungs-Raum* auf dem heutigen Borsig-Gelände wurde als mögliche Form eines aktiven „Gedenkzeichens“ vor Ort präsentiert.

Sabrina Lindemann

Gedenk-Zeichen: *Halle G* - Fragen und Positionen zu aktuellen Erinnerungsformen

Das Thema „Zwangsarbeit bei Rheinmetall Borsig“ entspricht nicht unbedingt einem klassischen Künstlerthema. So kam es auch zum Titel „Halle G“ und zu monströsen Untertiteln, die wir selbst kaum erinnern können. Diese sprachliche Schwierigkeit zeigt, wie sehr wir mit einer großen Spanne im Kunst und Reflektionsfeld arbeiteten. Wir befanden uns oft in einer Berater-, Betreuer-, Gestalter- und Entertainerfunktion, selten kontemplativ, selten driftend, eher schon treibend. Trotzdem gab es Kunstwerken eigene Momente und der Ort war eine Mitte von etwas ziemlich Großem.

Schwerpunkt dieses Projektes – der Installation, Intervention, Kooperation – war aufzuzeigen, wie an einem modernen Wirtschaftsstandort mit dessen Geschichte, speziell der Beschreibung der NS-Zwangsarbeit umgegangen werden kann.

Eine Dokumentationsausstellung zum Thema Zwangsarbeit in Berlin fand zeitgleich im Heimatmuseum Reinickendorf statt. Wir öffneten einen Kunstraum und einen Begegnungsort.

Alle beteiligten Künstlerinnen zeigten eine individuelle Aufarbeitung von historischem Material, das dabei auch in den Hintergrund treten konnte.

Wir gingen von einer Konsumentenhaltung aus, wie sie das Einkaufs- und Gewerbezentrum, auf dem sich Halle G befand, erwarten lässt. Die verwendeten Medien und Räume verführten zur Berieselung, jedoch keiner leichten oder angenehmen. Die Hörstücke rauschten und quietschten wie ein Radio zwischen den Sendern. Die Videoaufzeichnungen waren wackelig und unscharf – die Botschaft herauszufiltern war mühsam. Es tauchten immer wieder ehemalige Zwangsarbeiter auf, aber auch Kommentare zu McDonalds, Tonsequenzen aus Wochenschauen... Manches erinnerte an Dokumentationsmaterial, anderes an Werbespots. Die Veranstaltungen haben wir so konzipiert und ausgewählt, dass jede/r die Möglichkeit hatte einen Standpunkt zu beziehen, zu reflektieren, zu erfahren und sich mit anderen auszutauschen. Wir vermieden feste Schemata. Den Vorführungen von 16 mm Filmen und Videos über Ende und Rekonstruktion der Borsigwerke, folgten Diskussionsrunden ausgehend von Fragen



über das Schicksal z.B. von ehemaligen Zwangsarbeitern und deutschen Arbeiterinnen, aber auch über die filmischen Verfahren, die Interviewsituationen und Recherchemöglichkeiten.

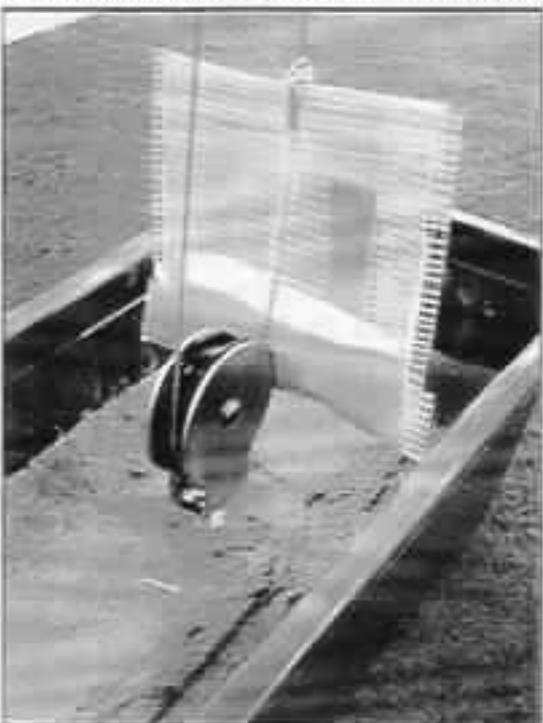
Die Jugendlichen begannen in den Workshops bei sich. Sie sind kaum betroffen von Entschuldigendiskussionen, Schuld-, Opfer-, Verantwortungsdebatten. Die Frage war, welche Rolle spielt Erinnerung und welche Positionen nehme ich ihr gegenüber ein. Lausche ich, lehne ich mich zurück, ergreife ich das Wort, vergleiche, suche, frage ich....

Wir boten einen Einblick in die Erzählungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus den

Niederlanden. Jeder konnte sich mit Literatur, Dokumentarfilmen oder im Gespräch, auf der Tagung oder zu Lesungen informieren, ohne dass eine bestimmte Haltung eingenommen werden musste.

Für einen Gedenkort außergewöhnlich an Halle G war vielleicht die offene, grüne, "fröhliche" Raumgestaltung. Zu sagen: Wir sind hier auf sicherem Terrain, lasst euch nieder und wagt es, soweit ihr es wagt euch einzulassen.

Wir glauben, dass nicht die ganze Wahrnehmung in eine Unerträglichkeit hineingetrieben werden muss um den Phänomenen des Nationalsozialismus zu begegnen. Die Botschaft ist auch: traue nicht dem was du siehst, stelle Fragen, suche, lasse dich nicht beeindrucken von heroischen Bildern aus welcher Zeit auch immer. Sei bei Dir und verlasse dich nicht. Hier bist Du sicher.



Wer Halle G betrat war warm empfangen und ziemlich schnell konfrontiert mit Meinungen und Unsicherheiten anderer.

Die Ausstellung zeigte wie gedacht, gesprochen, geschrieben wird im Blick auf die NS-Vergangenheit dieses Werksgeländes und derer die damit in Berührung kamen.

Projiziert wurden als helle Texte auf grün die alltäglichen Stumpfheiten wie "Ich habe mein Leben lang zwangsgearbeitet" oder "denen ging es doch gut hier".

Da gab es Interviews mit Zeitzeugen aller Selten, ihre Erinnerungen auf deutsch und niederländisch, Literatur von Statistiken und Analysen zur Rüstungsindustrie des zweiten Weltkriegs über Biographien bis zu Denkmälern und Plänen.

Ich glaube, dass Erinnerung soviel Wert ist wie sie jeden Einzelnen in täglichen Entscheidungen beeinflusst. Sie glit im Dialog und in der Fähigkeit sich selbst auf- und umzubauen, in der möglicherweise ritualisierten Begegnung und im gegenseitigen Beistand. Sinnlos ist sie als zementiertes Zeichen des Schreckens. Sinnlos immer da, wo sie einen Generalanspruch aufstellt, der genau so schnell verschwindet, wie man sich vom Monument entfernen kann.

Orte der Trauer und des Gedenkens sind wichtig und würdig mit allem Respekt behandelt zu werden.

Orte der Auseinandersetzung, der Bildung, der Kunst, der Begegnung müssen offene sein und angelegt auf Bewegung.

Das birgt Unsicherheiten und erfordert Begleitangebote und die Bereitschaft, sich an ihnen entlang zu hängen.

Die Unsicherheit ist eine der verwirrenden Eigenschaften, in die der Betrachter von Kunstwerken sich begibt. Noch schwieriger kann es sein, unbeabsichtigt in einem Kunstwerk zu landen. Das konnte bei Halle G passieren.

Birgit Kammerlohr

alle Fotos S. 20-27: Sabrina Lindemann und Birgit Kammerlohr

Kunstprojekt *Halle G* oder: Gedenkstätte im Einkaufszentrum

Dieses aktuelle Projekt wurde vor kurzem auf einer Tagung in Berlin vorgestellt. Es bezieht sich auf das Borsig-Gelände in Berlin-Tegel und die Zwangsarbeit bei Rheinmetall-Borsig. Ab 1938 waren dort etwa 5 000 Zwangsarbeiter in der Rüstungsproduktion eingesetzt. Heute befindet sich in einem Teil der historischen Gebäude ein riesiges Einkaufszentrum mit 120 Geschäften, Restaurants, Kinocenter und Fitness-Studios. Motor des Kunstprojekts ist die Künstlergruppe „Mobiles Institut für Spurensuche“. Sie besteht aus Birgit Kammerlohr, Berlin, und Sabrina Lindemann, Den Haag. „Halle G“, wie der Titel lautet, ist dabei keine vorhandene Werkshalle oder kein geplantes Gedenkstätten-Bauwerk, sondern ist die Umschreibung eines „Erinnerungs-Raums“, dessen konkrete Verortung und dessen physische Ausprägung noch ganz ungewiss sind.

Anstoß hatte die Spurensuche des niederländischen Künstlers Jaap Klarenbeek gegeben. Sein Vater war 1943 als Zwangsarbeiter zu Borsig geschickt worden und hatte einen Suppenteller aus Kriegs-Aluminium mit nach Hause gebracht. „Der Teller meines Vaters“, so der Titel von Klarenbeeks Aktion im Stadtraum, diente, zusammen mit bemalten Werbetafeln, zur Kontaktaufnahme mit Tegeler Passanten, mit alten Leuten, die sich an damals erinnerten, und mit Schülern, die neugierig wurden auf diese Geschichten. „Halle G“ vertieft und verbreitert diese kommunikativen Bezüge und verwandelt sich allmählich in das Projekt eines „Kunst- und Begegnungszentrums“ mit Infothek, Filmdokumentationen, Audio-Guide-Führungen über das Gelände und temporären Installationen verschiedener Künstler verschiedener Sparten. Ein wesentliches Ziel ist es, Erinnerungen von damaligen Zwangsarbeitern, Zeitzeugen und älteren Bürgern mit dem Gedächtnis-Horizont von Jugendlichen zusammenzubringen; ein zweites Ziel, inmitten und

am Rande des Shopping- und Freizeitcenters den historischen Industrieort Borsig und das Thema Zwangsarbeit ins Bewusstsein zu bringen.

Interessant an diesem Projekt ist nun, dass nicht nur die speziellen Aktivitäten einiger weiterer Künstler – wie Klangcollagen, Pictogramme, Projektionen, Farbräume – als künstlerisches Tun verstanden werden, sondern das Gesamtvorhaben. Die Stichworte lauten Konzeptfindung, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Geldbeschaffung, vor



allem aber Ermutigung des Gesprächs zwischen ehemaligen Zwangsarbeitern, die zu einzelnen Veranstaltungen angereist kommen, Anwohnern, Schülern, Künstlern, Wissenschaftlern und Vertretern anderer Gedenk-Orte. Die beiden Künstlerinnen verstehen eine „Gedenkstätte“ nicht als Ort der Kontemplation, sondern als Begegnungsstätte. Nicht als ihre Sache betrachten sie jene Erinnerungsarbeit, die auf Beständigkeit zielt, die Objekte, Worte, Dokumente auf Dauer bewahren und womöglich in Denkmälern manifestieren will. Für sie ist Erinnerung immer an konkrete Anlässe gebunden, ist daher grundsätzlich temporär, genauer: ephemer, und auch immer neuen Sichtweisen unterworfen. Skeptisch sind sie gegenüber dem Konzept eines kollektiven Gedächtnisses, das Inhalte ansammelt wie ein Berg und von Zeit zu Zeit abgeklopft werden kann wie ein Steinbruch. Eine solche Erinnerungs-Kollektion könne einerseits nicht funktionieren und sei andererseits in „institutionalisierten“ Deutungen Hierarchien unterworfen. Auch pädagogische Absichten sind ihnen höchst suspekt.

Bei dem „Kunstprojekt Halle G“ geht es also um anderes und um mehr als um jene Partizipationskunst und Mitmach-Aktionen, wie sie schon in den 70er Jahren praktiziert und heute in der öffentlich geförderten Kulturarbeit gang und gäbe sind. Es geht um einen veränderten Kunstbegriff, der sich nicht mehr in einer materiellen Ästhetik realisiert, in einer unverwechselbaren Handschrift, sondern der im geistigen Raum angesiedelt ist. Die Künstlerinnen hoffen darauf, dass andere die Ideen aufgreifen und fortführen; in jedem Fall werden sie sich früher oder später zurückziehen und Neues beginnen. „Aktion, Prozess, Zerstörung - Es soll nichts bleiben“ lautet ihr Leitsatz. Diese Position greift Ideen der Konzeptkunst auf, und wer mit aktueller Kunst zu tun hat, weiß, dass sie nicht ungewöhnlich ist, schon gar nicht unter jungen Künstlern. So hat sich zum Beispiel die Künstlergruppe „Wochenklausur“ aus Wien mit ähnlichen Konzepten im Bereich der sozialen Selbsthilfe einen Namen gemacht – sie schieben Projekte an, bringen sie als Kunstaktionen ins öffentliche Licht und übergeben sie dann, wenn das gelingt, an professionelle Betreuer.

Im Fall des „Kunstprojektes Halle G“ wäre es jedenfalls weder sinnvoll noch überhaupt möglich, den Rezipienten vom Künstler zu unterscheiden. Das Joseph Beuys-Motto „Jeder Mensch ist ein Künstler“ mag da als Inspiration gedient haben. Jedes Individuum kann sich mit seiner eigenen Geschichte und seinen eigenen Erfahrungen einbringen und Teil des „Kunstwerks“ werden. Zwischen diesem und dem Kunstverständnis der Nachkriegszeit, wie es sich in den Denkmälern der frühen Gedenkstätten manifestiert, liegen Welten.

Stefanie Endlich

aus einem Vortrag, den Stefanie Endlich am 23./24.10.2002 auf der Tagung *Kunst und Kultur in Gedenkstätten* in der Gedenkstätte Osthofen gehalten hat.

Gedenktendenzen der 1990er Jahre in Berlin

In der Kenntlichmachung der Geschichte des Nationalsozialismus in Form von Gedenkzeichen oder Denkmälern setzte mit der Wiedervereinigung Deutschlands eine neue Phase im öffentlichen Umgang mit der Erinnerung ein. Die Anfang der 1990er Jahre befürchtete Verdrängung dieses Teils der deutschen Geschichte aus der deutschen Öffentlichkeit – etwa 1992 in der Wochenzeitung *Die Zeit* (31.7.1992) von Herbert Obenaus mit dem Artikel "Stasi kommt – Nazi geht?" formuliert –, trat so nicht ein. Das öffentliche Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus ist mindestens konstant geblieben, wenn es nicht sogar in den 1990er Jahren seinen eigentlichen Höhepunkt erfahren hat. Gegenüber den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands verhalten sich die in der DDR von ihren staatlichen Organen ausgeführten Repressionen wie kleinkriminelle Delikte. Dem entsprechend hat das Gedenken an die Überwindung des DDR-Sozialismus jährlich am 9. November Schwierigkeiten, sich gegenüber den Gedenkfeiern zur Erinnerung an die deutschen Novemberpogrome zu behaupten, was in der gegenwärtigen Berliner Tagespresse teilweise kritisch resümiert wird.

Die Fortdauer des öffentlichen Interesses an der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus äußert sich nicht nur in der regen Aufmerksamkeit für Gedenkfeiern. Auch die vielen Gedenktafeln, Gedenksteine und andere Formen von Gedenkzeichen, die in den 1990er Jahren in Berlin geschaffen wurden, geben ein beredtes Zeugnis von diesem Interesse und von der großen Ernsthaftigkeit in der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Beispielsweise versammelt das neue Gedenktafelbuch des Vereins Aktives Museum für die Jahre 1991 bis 2001 insgesamt 185 neue Gedenktafeln in Berlin, die der NS-Geschichte, der Erinnerung an Verfolgte, an Orte des Widerstandes, der Verfolgung und der Täterschaft gewidmet sind. Da nur wenige Gedenkinitiativen in die materialisierte Form eines öffentlichen Gedenkzeichens einfließen, kann angenommen werden, dass die eigentliche Zahl der Erinnerungsansätze in den 1990er Jahren in Berlin weitaus höher war. Überblickt man diese einzelnen Gedenkort und ihre Initiativen, so lassen sich im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahrzehnten folgende Gedenktendenzen der 1990er Jahre beschreiben:

1. Kennzeichnend für die 1990er Jahre – und das ist das Neue der Gedenkstrategien dieses Jahrzehnts – ist die Aufwertung der **Vermittlungsebene**, die in der Öffentlichkeit und bei Initiatoren gleichberechtigt an die Seite der Historie selbst vorrückt. Die Darstellungsform eines öffentlichen Gedenkzeichens wird nun als ein zunehmend wichtiger, wenn nicht sogar als ein zentraler Aspekt von Gedenkstrategien betrachtet. Kennzeichnend dafür ist beispielsweise auch, dass die Diskussionen gleichwertig sowohl über die eigentliche Geschichte als auch über die visuellen Aussagemöglichkeiten von Erinnerungszeichen, also über die äußere optische Erscheinung, geführt werden. So wurden in den 1990er Jahren viele neue Formen von Gedenktafeln, Gedenksteinen und Gedenkzeichen entwickelt.

2. Kennzeichnend für die 1990er Jahre ist zum zweiten eine **neue Funktionalisierungsrichtung** des Gedenkens. Standen die öffentlichen Gedenkstrategien bis 1990 primär in einem politischen Kontext, so rücken sie nun in eine pädagogische Funktionalität ein. Das heißt: Bis 1990 wurden Gedenkrituale als Bestandteile einer Argumentation gegen den politischen Gegner genutzt. Seit 1990 werden Gedenkrituale auch durchgeführt, um Geschichte an jüngere Generationen zu vermitteln und dabei gleichzeitig soziale und moralische Werte zu verdeutlichen. Die Funktionalisierung des Gedenkens zielt damit nicht mehr allein auf äußere Gegner, sondern nach innen in die Gesellschaft hinein. Damit verbunden ist auch das Gedenkritual als eine Protestform gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus.

Zu der neuen pädagogischen Funktionalisierung – man könnte es auch das **Hineinstellen der Geschichte in einen erzieherischen Zusammenhang** nennen – gehört auch ein neuer Umgang mit zentralen Gedenkfeiern. Dieser an Bedeutung gewonnene pädagogische Aspekt lässt sich sehr gut an den Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zum 20. Juli 1944 verdeutlichen. Die Hauptredner dieser Gedenkveranstaltungen im historischen Bendlerblock sind zumeist Vertreter politischer Parteien oder gar führende Repräsentanten des bundesdeutschen Staates und seiner höchsten Gremien. Grundsätzlich lassen die meisten Redner tagespolitische Bezüge in ihre dort geäußerten Gedanken einfließen, so dass manchem

Auftritt in der Staufenbergstraße auch schon eine wahlkampfpolitische Instrumentalisierung vorgeworfen worden ist, wie etwa der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl am 20. Juli 1994. Kohl hatte sich damals noch einmal der ideologischen Sortierung von gutem und schlechtem Widerstand gewidmet und mit der Eröffnung des Gegensatzes von Freiheit und Unfreiheit als Ziel des



Widerstandes seine Aussagerichtung in die Phase des Kalten Krieges zurückgelenkt. Mit einer solchen eher retrospektiven gedenkpolitischen Haltung brach 1999 die rotgrüne Bundesregierung. Sie verfolgte nun eine ethische Gegenwartsausrichtung und ersetzte die vormalige politische Nutzbarmachung durch eine fast schon im Sinne Willy Brandts gehaltene volksdidaktische Instrumentalisierung. Zusätzlich zur allgemeinen Öffentlichkeit sprach der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping ganz direkt die Bundeswehr in seiner Ansprache an und eröffnete dieser im militärischen Widerstand eine neue Tradition, die an die Stelle der alten Wehrmacht treten sollte: "Die Bundeswehr ist fest in unserer Demokratie verankert – anders als die Wehrmacht, die auch deshalb keine Tradition für die Bundeswehr begründet. (...) Die Bundeswehr steht in der Tradition der Ideale des deutschen Widerstands". [Rudolf Scharping: Ein Gewissen gegen die Gewalt, in: Die Mahnung, 1.10.1999, S. 2/3.] Zusätzlich wird seit 1999 die Gedenkveranstaltung zum 20. Juli 1944 mit einem öffentlichen Rekrutengelöbnis verbunden. Somit wird die Vereidigung der Soldaten in einen konkreten Zusammenhang mit dem Widerstand des Militärs gebracht. Den Soldaten der Bundeswehr soll auf diesem Wege verdeutlicht werden, dass zum Soldatsein auch die mündige Entscheidung, die Eigenverantwortung hinzugehört, die auch zum Widerspruch und Widerstand gegen einen Befehl führen kann, "dass die Gehorsamspflicht des



Geschichte im Stadtraum: Open-Air-Ausstellung zur Zwangsarbeit in Friedrichshain und Kreuzberg, Mehringdamm 20-28 (oben), Blücherplatz 1 (unten)
Fotos Martin Schönfeld

Soldaten niemals im Widerspruch stehen darf zum Respekt vor dem Menschen und die Befolgung von Befehlen dort ihre Grenzen hat, wo diese in Vergehen und Verbrechen münden.“ [So Aleksander Kwasniewski in seiner Ansprache zum feierlichen Gelöbnis von Bundeswehrrekruten am 20.7.2002 in Berlin, in: Die Mahnung, 1.10.2002, S.3.] Auch dies ist eine Pädagogisierung der Erinnerung und aus der Erinnerung wird das eigene Selbstverständnis definiert.

3. Kennzeichnend für die 1990er Jahre ist drittens eine **Demokratisierung** des Gedenkens hinsichtlich einer Vielfalt von Gedenkinitiatoren, einer Transparenz von öffentlichen Gedenkintentionen und natürlich auch hinsichtlich einer thematischen Breite, d.h. einer Überwindung von bislang vorherrschenden Gedenkschwerpunkten der ersten vier Nachkriegsjahrzehnte.

Dabei gab es über die allgemeinen Umstände hinaus für die beiden früheren Stadthälften auch besondere Umstände des Gedenkens:

In den **alten Ost-Berliner Bezirken**, vollzog sich die öffentliche Erinnerung im Zusammenhang mit einer Neuentdeckung des historischen Stadtzentrums und seiner vielfältigen Geschichte. Damit wollte man sich bewusst von den bis 1990 alles bestimmenden offiziellen Geschichtsvermittlern der einen Partei absetzen und denjenigen historischen Aspekten zuwenden, die bis dahin nicht in das offizielle ideologische Konzept passten. Gleichzeitig wurden die besonderen parteilichen Lesarten der Geschichte auf den bereits bestehenden Gedenksteinen und Gedenktafeln durch Kommentierungen und Schichtungen kenntlich gemacht, gezeigt, in welchen Beziehungen die unterschiedliche Interpretation von Geschichte steht. Allerdings waren viele bereits bestehende alte Gedenkzeichen und neu hinzugekommene Gedenkgestaltungen einer außerordentlichen Ablehnung ausgesetzt, die sich in ihrer Zerstörung und Entfernung ausdrückte und einen Versuch der Negation von Geschichte und der mit diesen Zeichen verbundenen Denkmalsstifter anzeigte.

In den **alten West-Berliner Bezirken** erfüllten viele Gedenktafeln und Gedenkzeichen konkrete Aufgaben und Beschlüsse aus den 1980er Jahren. An einigen Orten kam es darüber hinaus auch zu Wiederanbringungen von Gedenktafeln, die bereits einmal durch den Kalten Krieg besonders Anfang der 1950er Jahre in den West-Berliner Bezirken beseitigt worden waren.

4. Kennzeichnend für die 1990er Jahre ist viertens ein bewusstes **Heraustragen der Geschichte in den öffentlichen Stadtraum**. Das heißt, die Gedenkstrategien der 1990er Jahre zielten auf eine offensive Konfrontation der Öffentlichkeit mit der Geschichte in ihrer ganzen Komplexität. In diesem Zusammenhang stehen neben den Gedenktafeln auch temporäre Gedenkinstallationen, die für einen bestimmten Zeitraum historische Orte markieren und Vorstufen für längerfristige Gedenkzeichen sind. Solch temporäre Aktionen können sich auch zu langfristigen Markierungen entwickeln, wie das die Ausstellung entlang der Wilhelmstraße gezeigt hat.

5. Kennzeichnend für die 1990er Jahre ist fünftens eine **Auffächerung der Gedenkrituale**: Die zentralen Rituale werden zwar weitergeführt, teilweise mit neuen inhaltlichen Aussagen versehen, wie es im Fall der Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Ende der 1990er Jahre geschehen ist. Hinzu kommen aber viele lokale dezentrale Gedenkrituale an den vielfältigen Gedenkort in den Bezirken und an den entscheidenden historischen Orten der Verfolgungs- und Widerstandsgeschichte. Wichtig dabei ist auch, dass diese Gedenkrituale vielfach den geschlossenen Raum verlassen und zunehmend in den Stadtraum hinausgehen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Jom HaShoah, der bis zur Mitte der 1990er Jahre hauptsächlich im jüdischen Gemeindehaus begangen wurde, aber seit 1996 zusätzlich durch die öffentliche Namensverlesung der Deportierten auch zu einem Teil des öffentlichen Stadtgeschehens geworden ist. Hinzu kommen öffentliche Mahnwachen im Stadtraum und öffentliche Gedenkdemonstrationen in Form von Gedenk- und Schweigemärschen.

Anlass für den Jom HaShoah – wörtlich übersetzt 'Tag der Katastrophe' – ist der Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto am 19. April 1943 (bis 16. Mai 1943), nach jüdischem Kalender am 27. Nissan. Da der jüdische Kalender als Mondkalender mit dem christlichen nur selten übereinstimmt, fällt der Jom HaShoah mal in den April, mal in den Mai. Der Jom HaShoah wird vor allem in Israel begangen, wo auf einem Signal hin das öffentliche und private Leben für Minuten still steht. Besonders seit den 1970er Jahren ist der Jom HaShoah ein zentraler Gedenktag.

Über den Jom HaShoah hinaus stellten sich auch andere Gedenktage wie etwa der Tag des Beginns der Fabrikaktion (27. Februar) oder der Tag des Beginns der Deportationen aus Berlin (18. Oktober) in öffentlichen, im Berliner Stadtraum durchgeführten Gedenkfeiern dar.



Jom HaShoah: Namensverlesung der Deportierten am 23. April 1998 in der Großen Hamburger Straße Berlin-Mitte
Foto Martin Schönfeld

Während der 20. Juli zunehmend zum Tag des Auftretens führender politischer Repräsentanten des Staates und deren

öffentlicher Postulierung historisch motivierter gesellschaftspolitischer Ansprüche des Staates an seine Bürgerinnen und Bürger wurde, entwickelte sich im Laufe der 1990er Jahre der 9. November zu einem öffentlichen Gedenktag, an dem die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft Anteil nehmen kann. Besonders seit der Mitte der 1990er Jahre werden zum Jahrestag der Novemberpogrome vielfältige Gedenkangebote von lokalen Initiativen, von Vereinen, Kirchengemeinden, Schulen und von gesellschaftspolitischen Organisationen oder von Parteien unterbreitet. Diese vielen Gedenkinitiativen artikulieren sich etwa in der Form der Einweihung von Gedenktafeln oder Gedenkzeichen, in Form von Kranzniederlegungen an Gedenkort, in Schweige- und Gedenkmärschen, Mahnwachen, Demonstrationen, Lesungen, Gottesdiensten und Konzerten. Inhaltlich überwiegt das Opfergedenken und eine Verknüpfung des 9. November etwa mit dem Widerstand findet nicht statt. Folglich geht es in den öffentlich artikulierten Reden primär um den Toleranzgedanken gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden.

Im öffentlichen Gedenken haben die Jahrestage des Beginns des deutschen Überfalls auf Polen (1.9.), des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (22.6.) und des Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus (8.5.) in den 1990er Jahren an Gewicht verloren. Zu runden Jahrestagen sind diese besonderen Daten in der Öffentlichkeit zwar präsent und werden angemessen gewürdigt, aber zwischen den gedenkpolitischen Höhepunkten tritt in der breiten deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein für die jüdischen Opfer des NS-Regimes gegenüber anderen Opfergruppen wesentlich hervor. Auch dieses Phänomen ist also eine besondere Gedenktendenz der 1990er Jahre.

Initiativen und Gruppen richten sich mit ihren Gedenkritualen eher auf konkrete historische Verknüpfungszeiten, also historische Jahrestage, und Verknüpfungsorte, also Gedenkort mit einem konkreten historischen Bezug, als dass sie etwa den Totensonntag oder den Volkstrauertag zum Anlass der öffentlichen Erinnerung nähmen. So hat die vielfältige Aufarbeitung der NS-Geschichte, die in den 1970er und 1980er Jahren einsetzte, zu einer Konkretisierung des Gedenkens und einem größeren Bewusstsein für direkte zeitliche und örtliche Verknüpfungspunkte geführt.

Martin Schönfeld

**Christiane Hoss und
Martin Schönfeld**

Gedenktafeln in Berlin

Orte der Erinnerung an Verfolgte
des Nationalsozialismus

1991-2001

Verein Aktives Museum

Schriftenreihe Band 9

Berlin 2002

Chausseestraße 8, 10115 Berlin

Tel./Fax: 030/ 281 51 98

274 Seiten

Nachdem 1991 als Band 4 der Schriftenreihe des Aktiven Museums das Buch über „Gedenktafeln in Ost-Berlin“ erschienen ist und 1993 als Band 6 der Schriftenreihe die Veröffentlichung über „Gedenktafeln in West-Berlin“, ist nun ein dritter „Ergänzungsband“ publiziert worden, der die neu hinzugekommenen Gedenktafeln nach der Vereinigung der beiden Stadthälften beschreibt. Gerade in den neunziger Jahren hat sich das gesellschaftliche und politische Interesse für diese Zeichen der Erinnerung an die verhängnisvolle Zeit des Nationalsozialismus verstärkt, so daß eine Fülle von neuen Gedenktafeln und von ähnlichen Hinweisen des Gedenkens entstanden ist. Es bleiben aber immer noch Widerstände zu überwinden, an verschwundene Tafeln durch „Ersatz-Gedenktafeln“ zu erinnern und neu gefundene und erforschte Erinnerungsstätten zu kennzeichnen. In einem Vorwort „Historische Zeichen im Stadtbild“ weist die Vorsitzende des Aktiven Museums Christine Fischer-Defoy auf diese Entwicklung hin und schließt mit den Worten: „Auch in Zukunft werden wir nicht müde werden. Orte und Anlässe für Gedenktafeln gibt es noch immer mehr als genug.“ (S. 9)

In einem längeren Beitrag gibt Martin Schönfeld, der für die Recherche und die Textgestaltung verantwortlich ist, eine Einführung in die „Vielfalt des

Gedenkens“. Er beschreibt nicht nur die Problematik auf dem langen Weg von der Konzeption bis zur Verwirklichung, d.h. zum schließlichen Anbringen der Gedenktafel, sondern er weist auch auf die Verschiedenartigkeit der Anregungen, gestalterischen Ausführungen, Inschriftentexte und Möglichkeiten hin, ein breiteres Interesse bei der Bevölkerung zu wecken.

Die Mitherausgeberin Christiane Hoss nimmt dann in ihren Ausführungen „Weltlauf“ kritisch Stellung zu bestimmten Fragen der Auswahl und der textlichen Gestaltung, der Schwierigkeiten bei der Standortwahl und der zerstörerischen Entfernung von Gedenktafeln. Auch sie sieht hier neue Aufgabenziele, die eine stärkere Berücksichtigung von Gedenkzeichen für Frauen und andere bisher vernachlässigte Gruppen von Verfolgten beinhalten.

Den Hauptinhalt bildet dann der Bericht über die einzelnen Gedenktafeln in den zwölf Berliner Bezirken, bei dem der Ort, die Inschrift, die Form, die Fakten, die das Gedenken begründen, und das Datum der Installierung angegeben werden. Eine Reihe von Fotos ergänzt einzelne Textpassagen. Hinzuweisen ist auch auf die ausführlichen Anmerkungen, die beigegebene Literaturauswahl und ein umfangreiches Gedenktafelverzeichnis, bei dem auch erfreulicherweise die in den beiden vorausgehenden Bänden besprochenen Tafeln mit angegeben sind.

Für die Gestaltung des dritten Bandes ist Wolf Leo zuständig. Hier hätte der Druck des Textes etwas deutlicher ausfallen können.

Es ist ein sehr empfehlenswertes Nachschlagewerk entstanden, das Auskunft über viele historische Einzelheiten gibt und zugleich einen Überblick über das kulturpolitische Gesamtbild vermittelt.

Waltraud Rehfeld

aus Die Mahnung 49. Jahrgang, 1.10.2002, S. 5

Gestaltetes Gedenken – Rezension

Matthias Haß: Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 405 S., ISBN 3-593-37115-4, EUR 45,-

Als Lea Rosh und Eberhard Jäckel 1988 die Gedenkstätte Yad Vashem besuchten, faßten sie einen Plan: Im „Land der Täter“ (d.h. in Deutschland) müsse es „ein ähnliches Denkmal geben wie hier im Land der Opfer“ (d.h. in Israel)[1]. Sie traten dafür ein, in Berlin ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zu errichten, und fanden zahlreiche Unterstützer. Die anfangs nicht näher reflektierte Absicht, ein deutsches Äquivalent zu Yad Vashem zu schaffen, stieß allerdings auch auf Kritik. So schrieb eine Teilnehmerin des künstlerischen Wettbewerbs von 1994/95: „Berlin ist nicht Jerusalem. Die Ministergärten im ehemaligen und zukünftigen Zentrum der politischen und ökonomischen Macht sind nicht Yad Vashem.“[2] In einer späteren Diskussionsphase kamen einige Politiker und Publizisten darauf, daß vielleicht eher das United States Holocaust Memorial Museum in Washington ein Vorbild für Berlin sein könne, da es eine starke Architektursprache mit umfangreicher Informationsvermittlung kombiniere. Bisweilen machte die Debatte den Eindruck, daß israelische, amerikanische und deutsche Formen des Gedenkens ein frei verfügbares Reservoir seien, aus dem man sich nach Opportunitätsgesichtspunkten bedienen könne. Die je spezifische Geschichte des rund 50jährigen Umgangs mit dem Nationalsozialismus blieb dabei unberücksichtigt – was sich zum Teil dadurch erklärt, daß es auch in der Wissenschaft an entsprechenden komparativen Studien fehlte.

Der Berliner Politologe und Gedenkstättenmitarbeiter Matthias Haß hat nun eine Dissertation veröffentlicht, die für solche Fragen ein neues Fundament liefert. Die von ihm untersuchten drei Institutionen unterscheiden sich in vieler Hinsicht, haben aber das gemeinsame Merkmal, daß ihnen eine herausgehobene nationale (und internationale) Bedeutung zukommt: die israelische Gedenkstätte Yad Vashem, die deutsche Stiftung Topographie des Terrors und das amerikanische United States Holocaust Memorial Museum (im folgenden: USHMM). Dargestellt werden die gesellschaftlichen Kontextbedingungen, die Entstehungsgeschichten und organisatorischen Strukturen, die Konzeptionen und inhaltlichen Perspektiven sowie die Wandlungsprozesse der ausgewählten Einrichtungen. Diese seien gleichermaßen „Akteure“ und „materialisierte Ergebnisse“ öffentlicher Selbstverständigung (S. 381). Als Quellenmaterial dient ein breites Spektrum von Archivunterlagen und 'grauer' Literatur, das durch Interviews mit Verantwortlichen aus Jerusalem und Washington ergänzt wird. Die Recherche über Yad Vashem war nach Auskunft des Verfassers am schwierigsten (S. 34): „Bezeichnenderweise ist die Einsicht, dass die Gedenkstätte selbst zum Ziel einer Forschungsarbeit werden könnte, nur schwach ausgeprägt.“ Dennoch ist Haß in allen drei Fällen eine präzise und problemorientierte Schilderung gelungen.

Yad Vashem (wörtlich: ein Denkmal und ein Name) wurde bereits 1953 vom israelischen Parlament gegründet; die ersten Pläne datieren sogar schon aus dem Jahr 1942. Als Standort der Gedenkstätte wurde der Har Ha-Zikaron (Berg des Gedenkens) in Jerusalem gewählt – unweit des Herzl-Bergs, wo Theodor Herzl und die israelischen Präsidenten bestattet sind. Das Gedenkenensemble von Yad Vashem folgt keinem stringenten Plan, sondern ist nach und nach gewachsen. Während anfangs hauptsächlich Archiv- und Forschungsaufgaben, aber keine Ausstellungen vorgesehen waren, hat die Einrichtung im Lauf der Jahrzehnte eine immer ausge dehntere Tätigkeit entwickelt. Kamen 1960 nur knapp 20.000 Besucher, so sind es heute jährlich über zwei Millionen (S. 84 f.). Nach einer Existenzkrise Mitte der 1960er Jahre erhielt Yad Vashem durch den Sechstagekrieg von 1967 neuen politischen Rückhalt; Staat und Gesellschaft setzten den Holocaust verstärkt für gegenwartsbezogene Legitimationszwecke ein. 1968 wurde beispielsweise eine 21 Meter hohe „Säule des Heldentums“ errichtet (S. 101 f.), und die 1973 gegründete pädagogische Abteilung sollte nicht zuletzt die Moral der israelischen Soldaten stärken (S. 114 f.). Eine ebenfalls 1973 eröffnete Dauerausstellung setzte ganz auf die Identifikation mit den Opfern und formulierte den Appell, den jüdischen Staat mit aller Kraft zu verteidigen (S. 120-127).

In den 1980er und 1990er Jahren, als unter anderem eine Kindergedenkstätte und das „Tal der zerstörten Gemeinden“ entstanden, kam es zu einer Perspektivenerweiterung. Andererseits bil-

dete die „Herausstellung von Heldentum“ (S. 133) weiterhin einen Schwerpunkt. Die gegenwärtig stattfindende umfassende Neukonzeption [3] ist ein Versuch, auf den Zeitabstand zum historischen Geschehen und auf den Generationswechsel (auch des Gedenkstättenpersonals!) zu reagieren. Der grundlegende Zugang wird laut Haß aber beibehalten (S. 139): „Bei der Frage, ob sich Yad Vashem als internationale Einrichtung versteht, die aus einer universellen Perspektive die Geschichte des Holocaust erzählt, oder um eine israelische Einrichtung, die aus einer jüdisch-zionistischen Perspektive der Welt die Geschichte des Holocaust als Teil jüdischer Geschichte erzählt, hat man sich für Letzteres entschieden.“ So wird die Thematisierung der Täter – verständlicherweise – auch in Zukunft nur ein Randthema sein (S. 141). In geschichtspolitischer Hinsicht ist zudem auffällig, wie eng Yad Vashem mit dem Staat verbunden ist. Ein „dezentrales und vielfältiges israelisches Konzept der Erinnerung und des Gedenkens“ (S. 145) existiert de facto nicht, auch wenn die frühere Homogenität der Staatsmythologie seit Mitte der 1990er Jahre aufgebrochen ist (S. 64 ff.).

In der Bundesrepublik Deutschland besteht eine ganz andere Situation: Hier ist Gedenkstättenarbeit meist aus zivilgesellschaftlichem und ortsbezogenem Engagement hervorgegangen; erst seit wenigen Jahren gibt es eine koordinierte Gedenkstättenförderung von seiten des Staates. Der Paradigmenwechsel, der darin zum Ausdruck kommt, läßt sich am Beispiel der „Topographie des Terrors“ sehr gut studieren. Das frühere „Prinz-Albrecht-Gelände“ in Berlin-Kreuzberg, wo Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt ihren Sitz hatten, war bis Ende der 1970er Jahre ein weitgehend vergessener Ort. Aus einem gegenwartsbezogenen, gesellschaftspolitischen Interesse heraus wollten verschiedene Bürgerinitiativen dies ändern. Um die „Deutungshoheit“ zurückzugewinnen (S. 162), schrieb der Senat 1983 einen Wettbewerb aus, der inhaltlich wenig durchdacht war. Die Bürgerinitiativen setzten ihre Tätigkeit fort und profitierten davon, daß 1987 die 750-Jahr-Feier Berlins anstand. Eine als Provisorium gedachte Ausstellung mit dem geschickt gewählten Titel „Topographie des Terrors“ fand ungeheures Interesse und machte allen Beteiligten klar, daß das Forschen und Gedenken weitergehen müsse. Hatte man das „Prinz-Albrecht-Gelände“ anfangs vor allem als Ort der Opfer betrachtet, verschob sich die Aufmerksamkeit bald auf die Geschichte der Täter und auf die europäische Relevanz gerade dieses Areals für die Organisation des Holocaust.

Mit der Stiftungsgründung von 1992/95 wurde die „Topographie“ „offiziell als eine nationale Institution definiert“ (S. 220). Ein neuer Wettbewerb für ein dauerhaftes Ausstellungsgebäude, das die ergrabenen Relikte möglichst wenig beeinträchtigen sollte, wurde veranstaltet. Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes fand der symbolische Baubeginn statt, und so schien alles auf bestem Wege zu sein. Noch 1998 konnte man die These vertreten, der gewandelte Umgang mit dem Standort sei „– trotz aller Einschränkungen – als bemerkenswerter Lernprozeß gesellschaftlicher Gruppen und staatlicher Stellen in Deutschland zu werten“ [4]. Inzwischen wird man dies etwas skeptischer betrachten müssen, denn einen Termin für die Fertigstellung des Gebäudes „wagt momentan niemand verbindlich festzulegen“ (S. 231). Haß zeigt detailliert auf, daß dafür nicht allein finanzielle Gründe verantwortlich sind: Der Schwebezustand hänge auch mit bestimmten Eigenarten der Stiftungsorganisation und mit Unklarheiten des inhaltlichen Profils zusammen (S. 226, S. 238 f.). Da Haß selbst als freier Mitarbeiter der „Topographie“ tätig ist, verfügt er über eine genaue Kenntnis der Materie. Er versteht es, die schrittweise Institutionalisierung des Gedenkens mit Respekt für die Akteure und zugleich mit entschiedenem Urteil zu schildern. So zitiert er eine lange Liste von politischen Absichtserklärungen zugunsten der „Topographie“ (S. 232 f.) und argumentiert, daß die jetzige Prioritätensetzung des Bundes halbherzig sei (S. 360, Anm. 2): „Man bedenke, dass das Jüdische Museum und das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas vollständig vom Bund getragen werden, die Stiftung Topographie des Terrors dagegen nicht. Der ‚Dreiklang‘ von [hauptstädtischen] Erinnerungsorten wird dadurch strukturell zu einem ‚Zweieinhalbklang‘.“

Die dritte Fallstudie, die das USHMM thematisiert, ist wiederum durch eine eigene Problematik gekennzeichnet. Während der Identitätsbezug zum Holocaust für (jüdische) Israelis und für Deutsche evident ist, existiert für Bürger der USA eine größere Distanz – zumindest für die nichtjüdische Bevölkerungsmehrheit. Michael Berenbaum, damaliger Projektdirektor des USHMM, sprach 1990 von der Notwendigkeit einer „Vereinheimischung“ (nativization) des Holocaust [5]. Zwar steht auch in Washington die Ermordung der Juden im Zentrum der Darstellung,

doch wird der Begriff „Holocaust“ breiter gefaßt als in Israel (S. 313-321). Ein Ausdruck der „Amerikanisierung“ ist schon das Museumsgebäude: Der Architekt James Ingo Freed bediente sich formaler Anregungen aus Auschwitz, Treblinka und Warschau. Wachturm-, Winkel- und Brückenelemente leisten eine „Kompensation des historischen Ortes“ (S. 309). Zusammen mit einigen originalen KZ-Relikten und Nachbildungen in der Ausstellung selbst entsteht „a paradoxical artificial authenticity“ [6]. Haß meldet Zweifel an, ob dies zu einem differenzierten historischen Lernen beiträgt (S. 329-332). Sicher ist zumindest, daß die Opferperspektive im Vordergrund steht; die Befreier und die Zuschauer kommen eher am Rande, die Täter der NS-Verbrechen so gut wie gar nicht vor (S. 338-341).

Die Vorbereitung des USHMM hatte 1978/79 mit einem von Präsident Carter eingesetzten Planungstab begonnen. In den Jahren 1980 bis 1986 wurden unter Leitung Elie Wiesels programmatische Grundsatzfragen erörtert, von 1987 bis 1993 ging es um die praktische Verwirklichung. Das Museum wurde vollständig aus Spenden finanziert; erst mit der Eröffnung im April 1993 wurde es vom Staat übernommen. Daher war eine umfangreiche Fundraising-Kampagne erforderlich, die für deutsche und europäische Verhältnisse höchst ungewöhnlich anmutet. Haß beschreibt dies keineswegs kritiklos, aber zurückhaltend und abwägend (S. 299-304). Bis zum Frühjahr 1999, d.h. in den ersten sechs Jahren seines Bestehens, haben knapp 12 Millionen Menschen das USHMM besucht (S. 270). Daß das Museum so gut angenommen wird, hängt offenbar mit einer vielschichtigen „Bedeutungszuordnung“ zusammen (S. 357): „Für die jüdischen Gemeinden ist es eine Gedenkstätte an die ermordeten Juden Europas und gleichzeitig sichtbares Zeichen ihrer Zugehörigkeit zu Amerika. Für die amerikanische nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft ist es eine Informations- und Vermittlungsinstitution mit hohem moralischem Wert, die von Bürgerrechtsgruppen für eigene Ziele genutzt wird. Für die offizielle amerikanische Politik hat das Museum eine beratende Funktion in Menschenrechtsfragen und kann in Fragen symbolischer Politik für die eigene Darstellung eingesetzt werden.“

Obwohl bzw. gerade weil die drei gewählten Beispiele so stark differieren, ist es nützlich, daß Haß im Schlußteil explizite Vergleiche anstellt (S. 358-383). Dies ist besonders begrüßenswert, da die meisten länderübergreifenden Arbeiten solche Vergleiche nicht oder nur oberflächlich leisten [7]. Haß wählt vier systematische Aspekte: die Zielvorgaben und den Prozeßverlauf, die Organisationsstruktur der Institutionen, die Darstellungsmodi der Ausstellungen sowie Grad und Form der „Instrumentalisierung“ von Geschichte. Die komplexen Befunde können hier nicht im einzelnen resümiert werden. Hervorgehoben sei aber, daß sich die Zielformulierungen aller drei Erinnerungsprojekte im Zeit- und Diskussionsverlauf änderten. Auch nach der institutionellen Etablierung bleibt das Selbstverständnis der Gedenkorte im Fluß, und dies kann für eine lebendige Erinnerungskultur nur vorteilhaft sein. Inhaltlich dominieren hingegen die Unterschiede: Yad Vashem entwickelt seine Narration des Holocaust vor dem Hintergrund einer längerfristigen Geschichte des Judentums. Das USHMM bezieht die Geschichte des nationalsozialistischen Staates deutlicher ein, blendet aber die Täterselte aus. Die Topographie des Terrors ist in ihrem struktur- und institutionengeschichtlichen Zugang am konkretesten, reduziert auf diese Weise jedoch die Empathie mit den Opfern (S. 370-373). Beispiele für „illegitime Instrumentalisierungen der Geschichte des Holocaust“ finden sich in jedem der geschilderten Fälle; in den USA wird mit Gegenwartsbezügen heute am offensivsten umgegangen (S. 379).

Als „Ausblick“ hält Haß schließlich fest, „dass eine Übertragung von Gedenkstättenkonzeptionen und damit auch von spezifischen Deutungen der historischen Ereignisse im internationalen Maßstab wenig sinnvoll ist. Internationalisierung kann nur gegenseitige Anregung zur Zusammenarbeit bedeuten.“ (S. 382) Dies leuchtet nach der Lektüre des Bandes unmittelbar ein. Besonderes Interesse verdienen daher Interaktionen zwischen dem israelischen, amerikanischen und deutschen Gedenken, die an mehreren Stellen aufscheinen und sich für weiterführende Forschungen eignen würden: So führte es zu Konflikten, daß Elie Wiesel zeitweise Ämter in Jerusalem und in Washington innehatte (S. 78). Ein anderes Konfliktpotential besteht darin, daß Yad Vashem und das USHMM um die gleichen Sponsorengelder kämpfen (S. 134). Die derzeitige Neugestaltung der israelischen Gedenkstätte läßt sich als Versuch deuten, die Rolle der weltweit führenden Erinnerungsinstitution zurückzuerobern (S. 138). Mitunter gibt es aber auch Übereinstimmungen: Amerikanische Juden verstanden Yad Vashem in der Planungsphase des USHMM als ausdrückliches Vorbild (S. 352), und am Ende der Washingtoner Ausstellung findet

sich das israelische Grundmotiv „Von der Katastrophe zur Wiedergeburt“ (S. 350). Für Deutschland ließe sich zeigen, wie bestimmte amerikanische Erinnerungsformen die Vorstellungen von „Angemessenheit“ allmählich verändern [8]. Dies muß nicht per se nachteilig sein, sollte aber bewußt reflektiert werden. Ebenfalls diskussionsbedürftig ist die Frage, was davon zu halten ist, wenn die Datenbank der Opfernamen aus Yad Vashem in das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ integriert wird: Handelt es sich um ein Beispiel gelungener Kooperation oder illegitimer Übertragung? Kann man – wie Lea Rosh meinte – stolz darauf sein, etwas geschafft zu haben, was selbst dem USHMM versagt geblieben sei [9]?

Matthias Haß' profunde Dissertation ist gleichzeitig von theoretischer und praktischer Relevanz. Deshalb sei das Buch nicht nur Historikern, sondern auch Politikern sehr empfohlen. Wäre der Titel etwas origineller, der Preis niedriger, die Zahl der Druckfehler geringer und der Stil an manchen Stellen eleganter, könnte das Lob noch uneingeschränkter ausfallen.

Jan-Holger Kirsch, Universität Bielefeld

Anmerkungen

- [1] Lea Rosh, Ein Denkmal im Lande der Täter, in: Perspektive Berlin (Hg.), Ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Dokumentation 1988–1995, Berlin 1995, S. 3-7, hier S. 3.
- [2] Falblatt zum Denkmalsentwurf „eingeschrieben“ von Katharina Kaiser (März 1995).
- [3] Vgl. dazu auch Irena Steinfeldt, Yad Vashem an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, in: Museen der Stadt Nürnberg (Hg.), Die Zukunft der Vergangenheit. Wie soll die Geschichte des Nationalsozialismus in Museen und Gedenkstätten im 21. Jahrhundert vermittelt werden?, Nürnberg 2000 (Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgeländes Bd. 1), S. 155-168. Die Autorin ist selbst Mitarbeiterin von Yad Vashem.
- [4] So Thomas Lutz, Von der Bürgerinitiative zur Stiftung. Der Bildungsgehalt der öffentlichen Debatte um den Umgang mit dem Prinz-Albrecht-Gelände in Berlin, in: Heidi Behrens-Cobet (Hg.), Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten, Essen 1998 (Geschichte u. Erwachsenenbildung Bd. 9), S. 75-90, hier S. 89. Der Verfasser ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors.
- [5] Zit. nach Björn Krondorfer, Gedanken zur Politik, Geschichte, Ästhetik und Rezeption des United States Holocaust Memorial Museum, in: Christian Staffa/Jochen Spielmann (Hg.), Nachhaltige Wirksamkeit. Vom Aufheben der Taten im Gedenken, Berlin 1998 (Schriftenreihe des Institutes f. vergleichende Geschichtswiss. Bd. 1), S. 147-165, hier S. 152.
- [6] Isabelle Engelhardt, The Creation of an „Artificial Authentic Place“ – The United States Holocaust Memorial Museum in Washington, DC, in: Luisa Passerini (Hg.), Across the Atlantic. Cultural Exchanges between Europe and the United States, Bruxelles u.a. 2000 (Multiple Europes Bd. 13), S. 141-151, hier S. 151.
- [7] Vgl. etwa Rolf Steininger (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien/Köln/Weimar 1994 (Schriften des Instituts f. Zeitgeschichte der Universität Innsbruck u. des Jüdischen Museums Hohenems Bd. 1); David S. Wyman (Hg.), The World Reacts to the Holocaust, Baltimore/London 1996; James E. Young, Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust, Wien 1997; Isabelle Engelhardt, A Topography of Memory. Representations of the Holocaust at Dachau and Buchenwald in Comparison with Auschwitz, Yad Vashem and Washington, DC, Bruxelles u.a. 2002 (Multiple Europes Bd. 16).
- [8] Vgl. Stefan Krankenhagen, Auschwitz darstellen. Ästhetische Positionen zwischen Adorno, Spielberg und Walsler, Köln/Weimar/Wien 2001 (Beiträge zur Geschichtskultur Bd. 23), v.a. S. 163-220.
- [9] Vgl. ul [=Konrad Schuller], Mahnmal erhält Liste mit mehr als drei Millionen Opfern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2000, S. 2.

Zum 27. Januar,

dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, der als Gedenktag für alle Opfer des NS-Regimes gedacht war, aber inzwischen zunehmend zum "Holocaust"-Gedenktag umgewidmet wird, habe ich in diesem Jahr einen Text publiziert, der noch an eine weitere, bisher vergessene Opfergruppe erinnert. Ich dachte an jene doppelt verfolgten deutschen Antifaschisten, die in der Sowjetunion Schutz suchten und dort Opfer der stalinistischen Tschistka wurden. Ich hatte gehofft, damit in den Verfolgten-Organisationen wie VVN/BdA, DRAFD und anderen eine längst überfällige Debatte über dieses Jahrzehnte lang verdrängte Kapitel anzustoßen. Die Reaktion war bis heute ein ohrenbetäubendes Schweigen. Nach einem Jahr wiederhole ich meinen Versuch noch einmal mit einem erneuten Abdruck des Artikels an dieser Stelle.

Gerhard Schoenberger

Die vergessenen Söhne

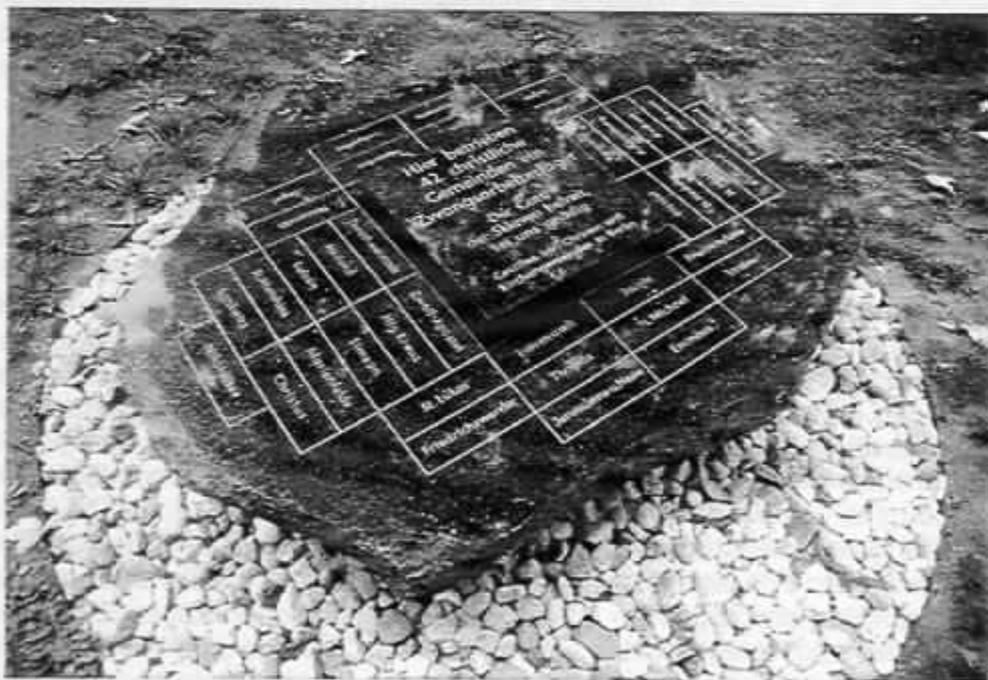
Antifaschisten, die niemand mehr kennt - Anmerkungen zum 27. Januar

Im dritten, erst nach der Wende erschienenen Prosaband von Günther Rücker, *Woher die Geschichten kommen* (*), der Beiträge aus zwei Jahrzehnten versammelt, findet sich ein kurzer unveröffentlichter Text von 1984. Der Autor berichtet darin von einem Besuch bei dem Vater von Walter Husemann, der als Mitglied der Widerstandsgruppe Harnack/Schulze-Boysen 1943 in Plötzensee hingerichtet wurde. Beim Abschied, schon in der Tür, sagt ihm der Alte: "Ich hatte zwei Söhne" und spricht von Wilhelm, seinem Ältesten, der als Polit-Emigrant in Moskau ein Opfer der großen Säuberung wurde. "Damit Ihr den einen über dem anderen nicht vergesst." Er sei sicher, dass der Tag kommen werde, "an dem der Name auch des zweiten Sohnes auf den Ehrentafeln unserer Geschichte zu lesen sein wird." Bis heute gibt es diese zweierlei Toten. Die einen sind zu Märtyrern geworden, nach denen man Schulen und Straßen benannte. Den anderen haftete ein Makel an, auch wenn sie längst rehabilitiert waren. Ihre Fälle blieben so peinlich, dass man selbst in den Familien lange über sie schwieg. Das war nicht nur Vorsicht. Viele Überlebende, die zur Zwangsarbeit nach Karaganda oder Kolyma deportiert wurden, sprechen bis heute stolz von ihrer Zeit in der "Arbeitsarmee". So groß ist der Wunsch der Ausgestoßenen nach Zugehörigkeit zu denen, die Hitlerdeutschland niederrangen. So sehr schämen sie sich noch immer, als wenn die Schande ihnen anhaftete und nicht der Staatsautorität, die sich an ihnen vergriff und verging.

Ein zweites Beispiel: Die Prinz-Albrecht-Straße, deren Name bis heute ein Synonym für SS, Reichssicherheitshauptamt und Gestapo ist, heißt seit 50 Jahren nach der Schneiderin Käthe Niederkirchner, die 1943 aus einem sowjetischen Flugzeug mit dem Fallschirm absprang, der Polizei in die Hände fiel und ein Jahr später im KZ Ravensbrück ermordet wurde. Die beabsichtigte Symbolik dieser Umbenennung ist evident, aber ihr Preis war die Auslöschung von Geschichte. Die nach der "Wende" für den alten Straßennamen plädierten, waren allerdings nur besorgt, dass die neue Adresse des Berliner Abgeordnetenhauses nach einer Kommunistin heißt. So verquer verlaufen in diesem Lande die Fronten. Wovon in keiner Debatte die Rede war, ist die Tatsache, dass Käthe Niederkirchner einen Bruder hatte, der zusammen mit ihr und dem Vater in die UdSSR emigriert war. Paul war zwei Jahre älter als Käthe und starb fünf Jahre früher als sie, im Moskau des Jahres 1938. Solange der Kalte Krieg andauerte, galt es in der DDR als Pflicht, alles zu verschweigen, was der politische Gegner propagandistisch nutzen konnte. An diese Regel hielt man sich eisern, auch wenn die kompromittierenden Tatsachen auf der Gegenseite längst publiziert und allgemein bekannt waren. Im eigenen Lager blieben sie weiterhin tabu und mit Radeverbot belegt. Zu den neuen Freiheiten, die das Jahr 1989 gebracht hat, gehört sicher auch diese, die Verbundenheit mit den doppelt verfolgten deutschen Antifaschisten höher zu stellen als jene mit den Erben der Tscheka.

Ein drittes Beispiel: Der Belgrader Verleger Paul Bihaly, dessen kleiner NOLIT-Verlag die jugoslawische Leserschaft seit 1928 mit den besten Vertretern der engagierten Gegenwartsliteratur der Welt bekannt machte und eine ganze Generation erzog. Von 1933 an erschienen hier auch die von Hitlerdeutschland verbotenen und exilierten Autoren von Heinrich Mann bis Erich Maria Remarque. Nach dem deutschen Einmarsch im Frühjahr 1941 verhaftete die Gestapo anhand der Schwarzen Listen der Königlich-Serbischen Polizei Hunderte von politischen Aktivisten, darunter auch Bihaly. Mit 30 Kameraden aus allen Teilen des Landes wurde er zwei Monate später als Geisel erschossen. Eine große Marmortafel am Haus des ehemaligen Verlagsbüros und eine große Buchhandlung im Stadtzentrum, die seinen Namen trägt, erinnern an diesen tapferen Mann. Nicht weniger tapfer war sein deutscher Schwager, Ernst-August Ascher, der sein wohlhabendes Elternhaus verließ und sich, wie seine beiden Schwestern, der revolutionären Arbeiterbewegung anschloss und als Arzt im proletarischen Berlin ehrenamtlich für den Arbeitersamariterbund und andere Organisationen arbeitete. Der Machtantritt der Nazis zwang auch ihn zur Flucht. Er ging in die SU, wo er an einer Kinderklinik in Saratow arbeitete. 1936 wurde er verhaftet - 1937 erschossen. Die Schwestern überlebten in der Illegalität, die eine in Belgrad, die andere in Paris. Als Kurier des Maquis wurde letztere nach dem Kriege hoch dekoriert. Der Bruder wurde 1996 in Moskau posthum rehabilitiert. Kurzum, ich finde, es ist Zeit für eine Korrektur. Warum soll der Name von Wilhelm Husemann nicht ebenso erinnert werden wie der seines Bruders Walter? Warum sollte die Straße am Gestapo-Gelände nicht nach den Geschwistern Niederkirchner, Käthe und Paul, heißen? Warum bringt man an dem Haus, wo Ascher seine Kassenpraxis hatte, nicht eine Gedenktafel an, die ihm seine Ehre zurück gibt?

Man könnte diese Reihe lange fortsetzen. Müsste man nicht, zum Beispiel, im Foyer des Theaters am Schiffbauerdamm und an anderen Plätzen die Namen der Künstler festhalten, die zwischen 1933 und 1945 zu Opfern wurden, Caroline Neher wie Hans Otto und Kurt Gerron, Heinrich Vogeler wie Felix Nussbaum, Herwarth Walden wie Berthold Jacob? Der 27. Januar ist ein guter Anlass, darüber einmal nachzudenken.



Gedenkstein für Zwangsarbeiter der Berliner Kirchengemeinden auf dem Friedhof der Jerusalemsgemeinde und der Neuen Kirche, Hermannstraße Neukölln
Foto Martin Schönfeld

Zur Erinnerung an Rosemarie Reichwein (24.7.1908 Berlin – 5.8.2002 Berlin)

Am 5. August 2002 starb Rosemarie Reichwein in Berlin. Als Ehefrau von Adolf Reichwein gehörte sie zu den *Frauen des 20. Juli*. Mit ihrem Mann und mit den Freunden ihres Mannes aus dem "Kreisauer Kreis" hatte Rosemarie Reichwein Anteil am deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus setzte sie sich für die Rechte der NS-Verfolgten und für die Überlieferung des Widerstandes in der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit ein.



Repro nach Der Tagesspiegel, 4.3.2001

Rosemarie Reichweins Ehemann, der Historiker und Pädagoge **Adolf Reichwein** (3.10.1898 Bad Ems – 20.10.1944 Berlin-Plötzensee), gehörte seit 1930 zur SPD. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten verlor er seine Anstellung an der Lehrerbildungsanstalt in Halle/S. Er arbeitete zunächst als Dorfschullehrer in Tiefensee (bei Berlin) und seit 1939 an der pädagogischen Abteilung der Staatlichen Museen in Berlin. Über die Kontakte zu führenden Sozialdemokraten hinaus stand er mit dem "Kreisauer Kreis" in enger Verbindung. In den Umsturzplänen des 20. Juli 1944 war er als Kultusminister vorgesehen.

Statt eines Nachrufes möchten wir lieber Rosemarie Reichwein selbst zu Wort kommen lassen. Zur Erinnerung zitieren wir deshalb aus einem Gespräch, das Dorothee von Meding in ihrem Buch *"Mit dem Mut des Herzens – Die Frauen des 20. Juli"* 1992 veröffentlichte (Berlin 1992, Seite 141 bis 166).

[...] Ich bin sehr früh von zu Hause weggegangen, schon in der Inflationszeit. Die Beamten bekamen damals ja nicht so viel Unterstützung für ihre Kinder, und mein Vater, der als Ministerialrat im Kultusministerium arbeitete, konnte nur das Studium des Ältesten finanzieren. Ich war die Zweite und war an Gymnastik interessiert. Gymnastik war Teil der pädagogischen Reformbewegung, die an dem von meinem Vater geführten Institut für Erziehung und Unterricht besonders gefördert wurde. Gleich nach der Schule kam ich über eine Tante nach Schweden an ein Institut zur Ausbildung von Gymnastiklehrerinnen. Meine ersten praktischen Erfahrungen sammelte ich in dem damals neugegründeten Landerziehungsheim Salem. Später kam ich nach Wiesbaden, wo ich sechs Jahre lang Turn- und Sportlehrerinnen ausbildete. Als die Direktorin meiner Schule an die Helene-Lange-Schule in Halle versetzt wurde, ging ich mit. Dort habe ich dann sehr bald meinen Mann kennengelernt, der an der Pädagogischen Akademie in Halle Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde war.

[...] Ich hatte mich im Grunde nie um die Politik gekümmert, im Gegenteil: als ich noch in Wiesbaden war, machte ich voller Begeisterung bei den Festen für Volkstum im Ausland mit; daß man die Deutschen im Ausland unterstützte, empfand ich als eine gute Sache. Erst später stellte

Ich fest, daß meine beste Freundin unter Hitler eine begeisterte Nationalsozialistin wurde. Als ich 1932 nach Halle kam, in eine reine Arbeiterstadt, und Züge von demonstrierenden Arbeitern sah, begann ich mich für das Schicksal der Arbeiter zu interessieren und ging zu den Abendkursen, die der Professor Reichwein von der Hochschule für Arbeiter und Studenten hielt. Ich war sofort einer Meinung mit ihm und bin, als ich ihn näher kennenlernte, seine Linie absolut mitgegangen. Damals wachte ich eigentlich erst auf, und ich wurde dann sozusagen miterzogen durch das weitere Leben meines Mannes. [...] Die Versetzung nach Tiefensee habe ich am Anfang auch als ein Abenteuer betrachtet. Aber auf Dauer war das Leben auf dem Land doch sehr anstrengend. Drei Kinder sind den sechs Jahren geboren, und ich hatte eine Menge zu tun. Es war ein kolossal primitiver Haushalt: Pumpe auf dem Hof, kein Ausguß in der Küche, jeder Eimer mußte rausgetragen werden, Holzfeuerung und so weiter. [...] Ich war überglücklich, als mein Mann [1939] einen Arbeitsauftrag in Berlin bekam.

[...] Aber aktiv bin ich auch in der Stadt nicht geworden. Es ist ja sehr merkwürdig: In der Diktatur fühlt man sich selbst von Freunden beobachtet und ist nie ganz ehrlich. Also habe ich mich in erster Linie um den Haushalt gekümmert. 1941 wurde das vierte Kind geboren. Und dann ging es auch bald los mit den Bombennächten, und da habe ich die Kinder zu Freunden und Verwandten geschickt.

[...] Es bestand ein Unterschied zwischen uns Frauen [in Kreisau 1944-45], deren Männer aktiv waren, und den kommunistischen Frauen in der Stadt. Dort haben die Frauen selber stark mitgemacht, indem sie Flugblätter verteilten oder Verbindungen im Untergrund herstellten. Die haben wahrscheinlich mehr getan als wir, wir standen eigentlich im Hintergrund, haben die Handlungen unserer Männer bejaht und unterstützt, sind aber selbst nicht aktiv geworden.

[...] Ich selbst hatte ein russisches Mädchen als Haushaltshilfe. 1941 kamen ja waggonweise Jugendliche hier in Berlin an, vor allem Mädchen und Frauen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden oder in kinderreichen Haushalten. Ich stand mit meinen vier Kindern natürlich auch ohne Hilfe da – die Jüngste war gerade geboren –, und da ist mein Mann auf den Anhalter Bahnhof gegangen, um für mich eine Hilfe zu suchen. Mein Mann fand, es sein ein richtiger Mädchenmarkt, ein entsetzlicher Menschenhandel, und er hat sich furchtbar geschämt. Das Russenmädchen, das er sich raussuchte, war gerade fünfzehn geworden; [...] Sie war ihren Eltern mit Gewalt entzogen worden und hatte die erste Zeit nur geweint; [...] Als sie später ein wenig Deutsch konnte, hat sie uns erzählt, was in ihrem Dorf passiert war, daß die Juden einen langen Graben ausheben und sich davorstellen mußten; dann wurden sie erschossen und fielen rein. Das hatte sie aus einem Versteck mitangesehen, und seither war sie fürchterlich schreckhaft. So habe ich zum ersten Mal von diesen Greueln gehört, denn mein Mann, der wahrscheinlich davon wußte, hat mir nichts davon erzählt, weil er mich nicht belasten wollte.

[...] Ende August 1943 war unser Haus in Berlin-Südende total zerbombt worden. Moltkes haben uns sofort eine Mansarde im Schloß [Kreisau] angeboten und uns geholfen, uns einzurichten – wir hatten ja alles verloren. Wir haben Kreisau nicht zuletzt deshalb gewählt, weil es eine gute Zugverbindung nach Berlin gab. So konnte mein Mann an den Wochenenden zu uns kommen. Als mein Mann dann im Gefängnis saß, bin ich während der Woche nach Berlin gefahren. Seit Januar 1944 fuhr Freya von Moltke die gleiche Strecke, um ihren Mann in der Haft zu besuchen.

[...] Ich hatte keine Ahnung, daß ein Attentat geplant war, und was er wußte, weiß ich nicht. Er sprach immer nur von dem Tag X, das heißt von dem Tag, an dem es Hitler nicht mehr gäbe. Was nach dem Sturz der Regierung konkret geschehen sollte, darüber zerbrachen sich die Kreisauer ja bis zum Schluß die Köpfe.

[...] Mein Mann kam an dem besagten Abend [4.7.1944] nicht nach Hause, und da ich wußte, daß er sich mit den Kommunisten traf, ahnte ich Schlimmes. Ich stellte Nachforschungen an, aber es dauerte einige Tage, bis ich erfuhr, daß er in Potsdam inhaftiert war. Am 20. Juli fuhr

ich, ohne etwas zu ahnen, nach Potsdam, in der Hoffnung, ihn sehen zu dürfen, bekam aber nur einen Brief von ihm ausgehändigt.

[...] Als ich ihn im Gefängnis Brandenburg-Görden wiedergefunden hatte, mußten wir wichtige familiäre Dinge besprechen. Hinderlich war der Beamte, der immer dabeisaß, da konnte man nicht groß über Gefühle sprechen. Wir hatten ja gehofft, daß es nicht das letzte Mal ist, [...].

[...] Am 14. Oktober kam er in die Prinz-Albrecht-Straße, und am 20. fand der Prozeß statt. Zusammen mit Freya von Moltke bin ich zum Volksgerichtshof, der damals im Kammergericht am Kleistpark tagte. Wir hatten gehofft, ihn noch einmal zu sehen, wenn er gebracht oder abgeholt wurde, aber das ist uns nicht geglückt. Die Verhandlung war mittags, so gegen zwei Uhr zuende, und weil ich gehört hatte, daß er nach Plötzensee gebracht werden würde, bin ich auch gleich hinaus nach Plötzensee, habe den Wärter mit Tabak bestochen, und der hat gesagt: "Ja, wenn es die Leute waren, die heute um drei Uhr eingeliefert wurden, die leben alle nicht mehr." Das war am späteren Nachmittag. Und da habe ich im Grunde gedacht, Gott sei Dank, daß er nicht mehr weiter gequält wurde.

[...] Ich konnte den Kindern nichts sagen. Erst nach dem Zusammenbruch konnten wir sprechen. Man lebte ja ein schizophrenes Leben: nach außen tat man, als ob alles normal wäre, und machte mit, und innerlich stellte man sich gegen alles quer. Aber wie sollte ich das den Kindern erklären? [...] Auch als der Vater verhaftet wurde, habe ich den Kindern nur gesagt, der Vater ist krank und liegt im Krankenhaus, und immer wenn ich aus Berlin zurückkam, berichtete ich von dem kranken Vater, so daß sie möglichst nichts merkten. Als dann das Urteil gefällt war, habe ich nur gesagt, der Vater ist gestorben. Nichts Näheres. Erst als im Januar 1945 Graf Moltke hingerichtet wurde, und Freya ihrem Sohn erklärte, daß die Nazis den Vater umgebracht hatten, habe ich gespürt, daß es an der Zeit sei, auch meinen Kindern zu erklären, was passiert war.

Ich war nicht politisch aktiv, und bin nur durch meinen Mann politisch interessiert worden. Nach dem Zusammenbruch habe ich mich auch nicht politisch eingesetzt. Ich hatte auch viel zu viel zu tun und mußte arbeiten; vor allen Dingen wollte ich die Freundschaften aufrecht erhalten, die ich in der Ostzone hatte. Wenn ich mich wie Annedore Leber politisch festgelegt hätte, hätte ich ja nicht einreisen dürfen. Ich hatte ein Häuschen auf Hiddensee, und auch da hätte ich nie mehr hin gekonnt. Alles in allem waren mir die menschlichen Beziehungen immer viel wichtiger als die politischen, weil man als einzelner Mensch doch nicht viel machen kann. Aber menschlich kann man viel machen.

[Beruflich] habe ich mir nach 1945 eine neue Existenz aufgebaut. Auf Grund meiner schwedischen Ausbildung war ich berechtigt, auch Krankengymnastik auszuüben, und nach dem Krieg war das sehr gefragt, es gab viele Invaliden. Meine schwedischen Freunde haben sich sofort dafür eingesetzt, daß ich zu ihnen kommen konnte, und mir ein Visum beschafft. [...] Ich habe dann mit meinen Kindern einen guten Winter in Schweden gehabt; bei meinem alten Institut in Lund und bei meiner ehemaligen Lehrerin in Stockholm konnte ich mich in meinem Beruf neu orientieren und mich wieder einarbeiten. Anfang der fünfziger Jahre habe ich dann eine Anstellung als Krankengymnastin in der Charité bekommen. Ich mußte ja sehen, daß ich rumkam; denn von der Rente, 210,- Mark im Monat, konnte ich gerade die Miete zahlen. Später habe ich dann eine eigene Praxis aufgemacht, übernahm von meinem Bruder das alte Familienhaus in Wannsee und bin so wieder am Ort meiner Kindheit gelandet.

[...] Ich schwieg und machte meine Arbeit und wartete und dachte, es wird schon einmal Aufklärung geben. [...] Vor allem habe ich versucht, an die Widerstandsliteratur heranzukommen, was sehr schwierig war; das erste Buch darüber habe ich in Schweden gefunden, die Tagebücher Ulrich von Hassells.

[...] Die erste Enttäuschung für mich war die von Adenauer forcierte Westorientierung. Daß man den Osten links liegen ließ, fand ich von vornherein falsch. Wenn unsere Männer noch leben

würden, haben wir uns oft gesagt, würde das Ganze anders laufen. Da würde man versuchen, den Kontakt mit dem Osten zu halten und dadurch Gesamtdeutschland zu retten. [...] Besonders schlimm fand ich, daß die alten Richter wieder eingesetzt wurden, weil es keine anderen Richter gab, und auch die Remilitarisierung empfand ich als verhängnisvoll, weil es doch zum größten Teil die alten Nazi-Offiziere waren, die die Führung übernahmen. Man hätte wenigstens eine Generation warten sollen, bis andere Kräfte zur Verfügung gestanden hätten. Vieles ist anders gelaufen, als sich die Kreisauer das vorgestellt hatten. Ich habe oft gedacht: Mein Gott, dann war ja alles umsonst.

[...] Ich bin jetzt politisch viel mehr interessiert, als ich es je war. Nein, ich muß sagen, ich blicke jetzt eigentlich ganz nach vorn. Vielleicht, weil die Vergangenheit so traurig war und so schwer. Manchmal will es mir scheinen, als ob ich einen bösen Traum gehabt hätte, einen Alptraum. Man denkt mit Schrecken an vieles zurück und staunt, wie man da durchgekommen ist. Andererseits waren die zwölf Ehejahre mit meinem Mann das Zentrum meines Leben, von dem ich heute noch zehre.

Ausstellung Jüdisches Leben in Pankow – vom Anbeginn zum Neubeginn

Eine Ausstellung des Bundes der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V.

DIE AUSSTELLUNG KANN AUSGELIEHEN WERDEN.

Konzept und Regie: Dr. Inge Lammel
 Gestaltung: Peter Plattner, Jens Burau
 Kontakt und Information:
www.juedisches-leben.de
ausstellung@juedisches-leben.de

23 Ausstellungstafeln (100 x 70 cm, beidseitig gestaltet):

- 1 Frühe Spuren
- 2-4 Jüdische Familien siedeln sich an
- 5-9 Integration in den Pankower Alltag
- 10-12 Fachkompetenz in Medizin und Wirtschaft
- 13-14 Jüdische Lehrer und Schüler
- 15-16 Religiöses Leben
- 17-25 Jüdische Sozialeinrichtungen in Pankow
- 26 Chronik der Verfolgung
- 27-29 Entrechtet – verfolgt – Novemberpogrom
- 30-33 Vertreibung – Deportation – Vernichtung
- 34 Pankower Juden im Widerstand
- 35-36 Hilfe für jüdische Verfolgte
- 37-38 Rückkehr aus Lagern und Illegalität
- 39-40 Neuansiedlung jüdischer Emigranten

Besuch aus Italien

Vom 17. – 22. März 2003 werden 300 Schüler/innen aus der Region Reggio Emilia auf einer Gedenkstättenreise in Berlin sein. In kleine Gruppen aufgeteilt, werden sie die Gedenkstätten und Denkmale besuchen, die in Berlin an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern.

Gesucht werden Menschen, die sich auf diesem Gebiet auskennen und **Italienisch sprechen**. Wir bitten um Ihren/Euren Anruf oder Meldung per e-mail.

Zur Erinnerung an Hanni Ullmann (10.9.1908 Posen – 28.9.2002 Kfarsaba)



Hanni Ullmann zusammen mit Alfred Rosenstrauch und David Marcus am 5. November 1992 bei der Gedenktafel-Einweihung am früheren Gebäude der AHAWAH in der Auguststraße 14-16 (Hofgebäude), Foto Jürgen Henschel

Hanni Ullmann starb nach kurzer Krankheit. Noch im Juli war sie nach Deutschland gereist. Zu ihrer Trauerfeier sangen jüdische und arabische Kindergruppen gemeinsam.

In grosser Trauer müssen wir, die Kinder, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Neve Hanna Ihnen mitteilen, dass unsere **HANNI ULLMANN** am 28.9.2002 gestorben ist.

Wir werden sie nicht vergessen und uns bemühen, ihr Lebenswerk und ihre Vision von Frieden und Verständigung zum Wohl der Kinder fortzuführen.

Kinderheim Neve Hanna
Kiryat Gat, Oktober 2002

Eine Trauerfeier wird am 31.10.2002 um 18 Uhr in Kiryat Gat stattfinden.

Einladung zur Vortragsveranstaltung und Buchvorstellung

Gestaltetes Gedenken

Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung
Topographie des Terrors

mit und von

Dr. Matthias Hass

am

Donnerstag, 20. Februar 2003, 19 Uhr

**Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14,
10785 Berlin-Mitte, Zweite Etage, Saal A**

Bus 129 Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Die öffentliche Erinnerung an die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ist ein Politikum. Matthias Hass schildert Entstehung, Organisation und inhaltliche Konzeption dreier Gedenkstätten in Israel, Deutschland und den USA. Die Geschichte Ihrer politischen und gesellschaftlichen Durchsetzung offenbart den unterschiedlichen Umgang mit dem Holocaust in den drei Ländern und gewährt Einblicke in deren politische und gestalterische Gegenwart.

Dr.phil. Matthias Hass

Promovierte an der FU Berlin und ist dort Lehrbeauftragter.

sein Buch *Gestaltetes Gedenken Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors* (405 Seiten, € 45,-) ist 2002 im Campus Verlag Frankfurt/M. erschienen.